

Deutsches Orient-Institut Hamburg

Zeynel Abidin Kizilyaprak

Die Neukonstruktion des Irak und die kurdische Frage im Mittleren Osten

**DOI-Focus
Nr. 20, März 2005**

Deutsches Orient-Institut im Verbund Deutsches Übersee-Institut



DOI-FOCUS

bietet kurze Analysen zu überregional bedeutsamen politischen Ereignissen und ökonomischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen in Nordafrika, Nah- und Mittelost.

DOI-FOCUS

ergänzt die länderkundlichen Darstellungen des vom Deutschen Orient-Institut herausgegebenen Nahost-Jahrbuches.

DOI-FOCUS

gibt in seinen Analysen die Meinung der jeweiligen Autoren wieder.

Autor

Zeynel Abidin Kizilyaprak (*1960) lebt in Istanbul und war 2004 Stipendiat der „Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte“. Er veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zur politischen Entwicklung in der Türkei und insbesondere zur Kurdenfrage, sowohl in der Türkei als auch in Deutschland, u.a. in Publikationen des Deutschen Orient-Instituts.

Herausgeber

**Deutsches Orient-Institut, Hamburg
Hanspeter Mattes**

Redaktion

Janet Kursawe

Anschrift

**Deutsches Orient-Institut
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg**

Phon 040-42825514

Fax 040-42825509

email mattes@doi.duei.de

Erscheinungsweise

unregelmäßig

Printauflage

50 Stück

ISSN 1619-2729

Online-Ausgabe

abrufbar unter www.duei.de/doi

ISSN 1619-2737

Copyright und alle Rechte

Deutsches Orient-Institut, 2005

Inhalt

1. Einleitung.....	4
2. Segmentierung des Siedlungsgebietes und Fragmentierung der Herrschaftsstruktur in Kurdistan.....	5
3. Der drittgrößte Teil: Irakisch-Kurdistan	8
3.1. Tendenzen der vergangenen Jahrzehnte	8
3.2. Die kurdische Abteilung auf der Baustelle Irak	13
3.3. Interesse und Desinteresse des Westens	14
3.4. Kernfrage: Was für eine Föderation?	16
3.5. ... noch alle Fragen offen: die Wahlen vom 30. Januar 2005	17
3.6. Kurdisches Damoklesschwert: Bruderzwist.....	20
4. Einflüsse der Entwicklungen im Irak auf die Kurdenfrage.....	22
4.1. Kurden im Irak: Neue Dynamik im kurdischen Frühling.....	23
4.2. Kurden in der Türkei: Hoffnung auf ein Ende des kurdischen Winters	26
4.2.1. Was will die PKK?	27
4.2.2. Was wollen die anderen kurdischen Parteien und Organisationen?	30
4.2.3. Der wachsende Einfluss islamistischer Politikansätze.....	33
4.3. Kurden in Syrien: Große Hoffnungen im „Kleinen Süden“	36
4.4. Kurden in Iran: Hoffnung auf Reformen	38
5. Ausblick	40
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	41

Zusammenfassung

Bei der Neukonstruktion des Irak ist die Einigung auf eine tragfähige Balance zwischen den unterschiedlichen ethnischen und konfessionellen Gruppierungen eine zentrale Voraussetzung für die Bildung eines stabilen und demokratischen Staates. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass dies nur im Rahmen einer föderativen Staatsstruktur zu erreichen sein wird. Während jedoch die Schiiten, die in den Wahlen zur *Provisorischen Nationalversammlung* vom 30. Januar erwartungsgemäß als stärkste politische Kraft bestätigt wurden, eine Föderation unter dem Dach einer starken Zentralregierung anstreben, werden die Kurden nicht bereit sein, Abstriche an ihrer seit 1991 faktisch bestehenden Autonomie hinzunehmen. Wenn es auch noch politische Konflikte um die konkrete Ausgestaltung der neuen irakischen Staatsstruktur, regionale Grenzziehungen und die endgültige Verfassung geben wird, kann man davon ausgehen, dass die Kurden im Irak zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen rechtlich abgesicherten Status erlangen werden. Dies wird auch Auswirkungen auf die politischen Forderungen der Kurden in den Nachbarstaaten Iran, Türkei und Syrien haben, deren Regierungen die diesbezüglichen Entwicklungen im Irak mit großem Misstrauen betrachten und auf verschiedene Weise versuchen, auf diese Einfluss zu nehmen. Aufgrund der unterschiedlichen politischen und sozialen Bedingungen in den vier Staaten ist es zwar fraglich, ob es den Kurden gelingen wird, gemeinsame politische Ziele zu definieren und verfolgen, auf jeden Fall wird dieses Thema jedoch erneut eine Rolle in der politischen Agenda der Region spielen.

1. Einleitung*

Seit dem Sturz Saddam Husains sind zwei Jahre vergangen. Aber im Gegensatz zu den Erwartungen, die manche Beobachter hatten, sind nach dem Eingreifen der „Koalitionskräfte“ unter Führung der USA und mit dem Ende der Herrschaft Saddam Husains keineswegs alle Probleme gelöst. Im Gegenteil, viele Probleme sind damit erst zutage getreten. Die geplanten Schritte zur Neukonstruktion des Irak wurden jedoch Schritt für Schritt abgearbeitet und insbesondere die Durchführung der ersten Parlamentswahlen am 30. Januar 2005 hat die Hoffnung verstärkt, dass der Übergang zu einer „normalen“ staatlichen Ordnung gelingen wird. Der Weg dorthin war jedoch von blutigen Unruhen begleitet, bei denen Tausende Menschen ihr Leben verloren haben und auch darüber, was die Zukunft bringen wird, besteht noch keine Klarheit. Die gegenwärtige Neukonstruktion ist kein Neubeginn der Geschichte des Irak auf einem leeren Blatt, auch der „neue“ Irak ist mit der Hypothek seiner Geschichte belastet.

Das ist im Grunde nicht verwunderlich: Das innere Gleichgewicht des nach dem 1. Weltkrieg gegründeten Staatsgebildes Irak hing an einem seidenen Faden. Mit dem Sturz des Ba'th-Regimes, das die inneren Widersprüche mit seiner repressiven Herrschaft unter dem Deckel gehalten hatte, ist dieser Faden gerissen. So sind die Probleme, die schon bei der Gründung des Staates bestanden, erneut an die Oberfläche getreten. Bei den aktuellen Bemühungen, einen „neuen Irak“ zu schaffen, muss ein neues, tragfähiges inneres Gleichgewicht hergestellt werden. Wenn man die jetzige Situation vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen betrachtet, drängt sich eine Frage geradezu auf: „Wiederholt sich die Geschichte?“ Als während des 1. Weltkriegs und danach die Pläne für eine Aufteilung der Region geschmiedet wurden, wurde die Frage „Was für einen Irak?“ lange diskutiert. Nach 90 Jahren steht heute dieselbe Frage wieder auf der Tagesordnung. Das bedeutet nicht, dass die Geschichte sich wiederholt, doch sind in mehreren Punkten Ähnlichkeiten zu verzeichnen. Die wichtigste Ähnlichkeit besteht in der Zielsetzung, die unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen des geographischen Gebiets unter dem Dach eines Staates „Irak“ zusammenzufügen bzw. zusammenzuhalten. Die Grundbedingung dafür, dass diese Vorstellung heute erneut verwirklicht werden kann, ist eine Versöhnung der beiden wichtigsten Ethnien im Irak, der Araber und der Kurden, zumindest auf einem Mindestniveau. Die Geschichte zeigt, dass dies nicht einfach ist.

Das Thema dieser Untersuchung ist die ethnische Frage im Irak, genauer gesagt die kurdische Frage. Angesichts der aktuellen Probleme bei der Rekonstruktion des Irak sollen die Geschichte des Konfliktes der Kurden mit dem irakischen Staat und – daraus abgeleitet – die Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung erörtert werden. Abgesehen von Zeiten nach niedergeschlagenen Aufständen oder von Waffenstillstandsperioden haben die irakischen Kurden nie in Frieden mit der jeweiligen Staatsführung in Bagdad gelebt. Die gesamte Geschichte des Irak ist auch eine Geschichte des Kampfes der Kurden für ihre Rechte¹.

Die Kurdenfrage ist allerdings nicht auf den Irak beschränkt, sondern kann nur im Kontext der gesamten Region betrachtet werden. Es soll versucht werden, die Besonderheiten der historischen Entwicklung und der aktuellen Situation der Kurden deutlich zu machen, die – nach Arabern, Türken und Persern – als viertgrößtes Volk der Region auf vier Staaten verteilt leben. Die mögliche Lösung der Kurdenfrage im Irak wird auf die kurdische Bevölkerung in den Nachbarstaaten Einfluss haben. Um diesen einschätzen zu können, muss die jeweilige

* Die Arbeit an dem vorliegenden Text wurde im Februar 2005 abgeschlossen. Bezüglich der Regierungsbildung im Irak nach den Parlamentswahlen vom 30. Januar 2005 waren zu diesem Zeitpunkt noch keine Entscheidungen gefallen.

¹ Vgl.: Barzani, Mesud, 2003; Jawad, Sa'ad, 1981; Dr. Şivan, 1997.

gesellschaftliche und politische Entwicklung in der Türkei, in Syrien und in Iran bezüglich der Lage der dort lebenden Kurden, betrachtet werden. Sie beeinflusst maßgeblich die Perspektiven für die Kurden in diesen drei Staaten und wirkt auch auf die irakische Entwicklung zurück.

In der vorliegenden Untersuchung wird von der Grundannahme ausgegangen, dass es im Irak kein Wiederaufleben des Ba'th-Regimes geben wird und dass die Kurden – ungeachtet aller Unsicherheiten und möglicher Konflikte – in irgendeiner Form einen rechtlich abgesicherten Status, sei es eine Autonomie oder eine föderative Ordnung, erreichen werden. Darauf deutet auch die betreffende Formulierung in der vorläufigen Verfassung des Irak hin. Davon ausgehend, dass die Kurden im Irak einen – wie auch immer gearteten – Rechtsstatus erlangen werden (d.h. eine rechtliche Anerkennung der seit 1991 faktisch bestehenden Situation), ist auch zu erwarten, dass die Kurden in den anderen Staaten, insbesondere in der Türkei und in Syrien, neue Rechte für sich fordern werden. Andererseits ist es nicht auszuschließen, dass die Kurden einen neuen „amerikanischen Verrat“ erleben werden oder dass aus dem Streit um die endgültige Verfassung neue Kämpfe zwischen einer zukünftigen irakischen Regierung und den Kurden erwachsen.

2. Segmentierung des Siedlungsgebietes und Fragmentierung der Herrschaftsstruktur in Kurdistan

Die heutige Aufteilung der Kurden auf mehrere Staaten geht bis ins 16. Jahrhundert zurück. In der Schlacht von Çaldıran (1514) zwischen den Safawiden und den Osmanen unterstützte die Mehrheit der kurdischen Stämme und Fürstentümer das Osmanische Reich. Nach der anschließenden neuen Grenzziehung gehörte das Gebiet der Kurden teils zum Persischen und teils zum Osmanischen Reich, wobei letzteres den größeren Teil für sich gewinnen konnte. Nach mehreren weiteren Kriegen versuchte Frankreich zwischen den beiden großen Reichen einen Frieden zu vermitteln. Mit dem 1639 vom Osmanischen Reich und Iran (auf Drängen Frankreichs) unterzeichneten Friedensvertrag von Qasr-e Shirin wurde die umstrittene Grenze schließlich besiegelt. Mit dieser – abgesehen von sehr kleinen Veränderungen – bis heute gültigen Vereinbarung wurde die erste Teilung Kurdistans² offiziell festgelegt und ca. ein Drittel des kurdischen Gebietes wurde Iran zugeschlagen.³

Unter osmanischer und safawidischer Herrschaft bestanden weiterhin autonome kurdische Fürstentümer, unter denen sich verschiedene Stämme zusammenschlossen und deren Grenzen und Beziehungen zur Zentralmacht einem häufigen Wechsel unterlagen. Ihr Verhältnis zu den jeweiligen Reichen kann als eine Art Vasallentum bezeichnet werden. Mit bedingt durch die unwegsamen geographischen Verhältnisse in den kurdischen Gebieten waren die kurdischen Fürstentümer über lange Jahre, bis etwa 1800, faktisch unabhängig. Seit Anfang des 19. Jahrhunderts intensivierten sowohl das Osmanische als auch das Persische Reich ihre Beziehungen zum Westen, wurden zunehmend vom europäischen Kolonialismus beeinflusst und gerieten vor allen auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels unter westliche

² Dass diese erste Teilung historisch so weit zurück liegt, hat bis heute Einfluss auf die Wahrnehmung der Kurden. Sie ist im Bewusstsein der Kurden so tief verwurzelt, dass sie – im Gegensatz zu den späteren Teilungen – in gewisser Weise geistig „akzeptiert“ ist. Die Kurden in der Türkei nennen das Gebiet der Provinzen Ağrı und Van an der Grenze zum Iran „serhed“ (Grenze), was auf diese innerliche Akzeptanz hindeutet. Eine solche Form der Akzeptanz im Sprachgebrauch gibt es bezüglich der späteren Teilungen nicht: der syrische Teil Kurdistans wird (von den Kurden in der Türkei) aufgrund der an der Grenze verlaufenden Eisenbahnlinie in der Alltagssprache „binê xet“ (unterhalb der Linie) oder „kleiner Süden“ und Irakischkurdistan einfach „Süden“ oder „Südkurdistan“ genannt.

³ Vgl. zur kurdischen Geschichte: Minorsky, Vladimir F., 1977; Xemgin, Etem, 1997; Zeki, M. Emin, 1992.

Vorherrschaft. Dies hatte einen vernichtenden Einfluss auf die kurdischen Fürstentümer: Die beiden Reiche, die sich im Niedergang befanden, richteten ihre Aufmerksamkeit nach innen und konzentrierten ihre ganze Kraft auf eine wirtschaftliche und politische Zentralisierung. In diesem Zusammenhang waren sie auch bestrebt, die autonomen kurdischen Fürstentümer abzuschaffen und sie gewaltsam an das Zentrum anzubinden.

Im Osmanischen Reich wurde das letzte große kurdische Fürstentum, das Fürstentum Bedirhan, 1847 niedergeschlagen; in Iran bestand das Fürstentum Erdalan noch bis 1867. Die Vernichtung der kurdischen Fürstentümer bedeutete noch nicht eine unumstrittene Herrschaft der Zentralmächte in Kurdistan; deren Etablierung erforderte jahrelange Auseinandersetzungen und die Niederschlagung von Aufständen. Sicher ist jedoch, dass die Abschaffung der Fürstentümer einen Wendepunkt in der kurdischen Geschichte darstellte. Eine der Folgen war es, dass die gesellschaftliche Autorität der kurdischen Fürsten (kurdisch: „Mir“) auf religiöse Würdentragen, die Shaikhs, überging. Im Osmanischen Reich gab es noch eine Besonderheit: Nach den Ende des 19. Jahrhunderts beginnenden Massakern an den Armeniern und ihrer weitgehenden Vernichtung durch den Völkermord im 1. Weltkrieg fielen die Ländereien der armenischen „Aghas“ (Großgrundbesitzer) zum großen Teil in die Hände mächtiger Kurden. Von der osmanischen Regierung wurde dies häufig begünstigt. So entstand in der kurdischen Gesellschaft, die ursprünglich auf einem System von Stämmen (Aşiret) und Fürsten („Mir“ oder türkisch „Bey“) gründete, neben den Shaikhs mit den Aghas eine neue Autorität, die es in der traditionellen kurdischen Gesellschaft nicht gegeben hatte. Die kurdischen Eliten haben also von den Armeniern nicht nur das Land, sondern auch das auf den Landbesitz gegründete Sozialsystem übernommen.⁴

Der 1. Weltkrieg war nach der Schlacht von Çaldıran der zweite Wendepunkt in der Geschichte der kurdischen Teilungen. Nach dem Krieg war das Osmanische Reich praktisch aufgelöst und weitgehend von den Siegermächten besetzt. Die Pläne für die Aufteilung des Reiches waren allerdings schon während des Krieges geschmiedet worden. Großbritannien und Frankreich hatten sich schon 1916 mit dem Sykes-Picot-Abkommen über die Zukunft des Osmanischen Reiches und des Nahen Ostens geeinigt, nur die Russische Revolution von 1917 führte noch zu einigen Änderungen. Großbritannien beschloss, das ursprünglich Frankreich versprochene osmanische „Vilâyet Mossul“, das heutige Irakisch-Kurdistan, dem unter seinem Mandat stehenden neuen Staat Irak⁵ hinzuzufügen. Die heutige „Irak-Frage“ und damit auch die „Kurdenfrage im Irak“ gehen auf diese Zeit zurück.

Während in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg ein Teil der kurdischen Gebiete des ehemaligen Osmanischen Reiches an den neu gegründeten Irak und ein kleinerer Teil an das neu gegründete Syrien fielen, blieb der größte Teil unter der Herrschaft der von Mustafa Kemal gegründeten neuen Türkei. Dies verlief jedoch nicht problemlos. Vor allem

⁴ Diese Entwicklung ist auch ein wichtiger Grund dafür, dass die große Mehrheit der Kurden sich nach dem 1. Weltkrieg auf die Seite der Kemalisten stellte. Neben der gemeinsamen Religion übte die Propaganda der Kemalisten, die Armenier würden ihnen ihr Land wieder abnehmen und in Kurdistan einen armenischen Staat gründen wollen, einen großen Einfluss aus und führte dazu, dass ein großer Teil der Kurden zu Hilfstruppen der Kemalisten wurde. Für weiterführende Informationen siehe Bruinessen, Martin van, 1982 bzw. 2003.

⁵ Dieser Staat wurde aus drei früheren osmanischen Provinzen (vilâyet) gebildet: Mossul, Bagdad und Basra. Diese Provinzen umfassten natürlich nicht nur die Städte, nach denen sie benannt waren, sondern die gesamte Region, so z.B. die Provinz Mossul das heutige Irakisch-Kurdistan. Das Osmanische Reich hat die unter seiner Herrschaft stehenden kurdischen Gebiete (in der frühen und mittleren Periode der osmanischen Geschichte unter dem Namen „Kürdistan Eyaleti“) mit zeitweise wechselnden Grenzen und Bezeichnungen, unter der Verwaltungseinheit der Provinzen regiert. Es handelte sich um die Provinzen Bitlis, Dersim, Diyarbakir, Hakkari, Mossul, Mamuretülaziz und Van. Das Gebiet des nach dem 1. Weltkrieg gegründeten Syrien trug in osmanischer Zeit die Bezeichnung „Vilâyet Şam“, dort lebten aber nur wenige Kurden. Die auf dem Gebiet des heutigen Syrien liegenden kurdischen Städte wurden erst bei der Gründung des syrischen Staates unter französischem Völkerbundsmandat in diesen einbezogen. Für weitere Informationen siehe Halfin 1992.

konkurrierende Ansprüche auf das ehemalige Vilâyet Mossul führten zu einer ernsten Krise zwischen Großbritannien und der Türkei: Die Kemalisten und vor allem die mit ihnen verbündeten Kurden bestanden darauf, dieses Gebiet der Türkei zuzuschlagen. Dieses Problem konnte in dem Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 zwischen den meisten Siegermächten des 1. Weltkriegs und der neu gegründeten Republik Türkei nicht gelöst werden.⁶ Es wurde vor den Völkerbund gebracht, der am 16. Dezember 1925 entschied, dass das Vilâyet Mossul dem unter britischem Mandat stehenden neuen Staat Irak zugeschlagen wird. Diese Entscheidung wurde am 5. Juni 1926 in einem Vertrag zwischen dem Irak, der Türkei und Großbritannien über „Grenzen und gute Nachbarschaft“ anerkannt und besiegelt.⁷ Die Lösung der „Mossul-Frage“ verlieh der im Vertrag von Lausanne vorgenommenen zweiten Teilung der kurdischen Gebiete endgültigen Charakter. Es gab damit ein türkisches Kurdistan, ein iranisches Kurdistan, ein irakisches Kurdistan und ein syrisches Kurdistan – nur kein Kurdistan der Kurden.⁸

Eine Gemeinsamkeit der Staaten Türkei, Iran, Irak und Syrien ist, dass ein Teil ihres Staatsgebietes aus dieser Aufteilung resultiert – mit Folgen für die zwischenstaatlichen Beziehungen: In ihrem politischen Verhältnis untereinander spielen sie gelegentlich die „kurdische Karte“. Sie waren sich aber immer einig in dem Bestreben zu verhindern, dass die Kurden „zu weit gehen“. Die genannten Staaten haben auch des öfteren in unterschiedlichen Konstellationen (offene oder geheime) Beratungen abgehalten oder sogar militärische Operationen durchgeführt um die Kurden in Schach zu halten.⁹

Selbstverständlich war für die Kurden in allen Teilgebieten das Faktum der Teilung immer ein wichtiger politischer Faktor. Die kurdischen politischen Bewegungen haben lange Jahre über die Frage diskutiert, ob man ein alle Teile umfassendes Programm zur Befreiung entwickeln sollte oder ob die Kurden in jedem Teil für sich nach einer Lösung suchen sollten. Die Kontroversen in dieser Frage haben auch zu Spaltungen und Neugründungen von Organisationen geführt. In jüngster Zeit hat das Ziel einer „gemeinsamen Befreiungsbewegung für ganz Kurdistan“ an praktischer Bedeutung verloren und so gut wie alle kurdischen Organisationen (von einigen marginalen Gruppierungen abgesehen) beschränken

⁶ Friedensvertrag von Lausanne, geschlossen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien, Japan einerseits und der Türkei andererseits. Auch Jugoslawien (damals Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) war am Vertrag beteiligt, hat ihn aber nicht ratifiziert, sondern später einen Sonderfrieden mit der Türkei geschlossen.

⁷ Vgl.: Yıldız, Hasan, 1990; Minorsky, Vladimir F., 1998.

⁸ Im Allgemeinen wird von der Aufteilung der Kurden auf vier Staaten ausgegangen. Ein kleiner Teil von ca. 2 % des kurdischen Siedlungsgebiets befindet sich jedoch innerhalb der Grenzen der heutigen Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Es gehört zu dem Gebiet, das in dem 1828 zwischen Russland und dem Iranischen Kaiserreich geschlossenen „Grenzvertrag von Arpaçay“ dem Zarenreich überlassen wurde, d.h. es gehörte vor dieser Grenzänderung zu Iranisch-Kurdistan. Seine kurdischen Bewohner haben sich auch außerhalb dieses Gebiets niedergelassen, so dass ihre Nachkommen heute vor allem in Armenien, Georgien und Aserbaidschan leben.

⁹ Diese Zusammenarbeit umfasste auch die Hilfe bei der Vertuschung von Verbrechen. Am 16. März 1988 z.B. bombardierte das Saddam-Regime die kurdische Kleinstadt Halapça mit chemischen Waffen und tötete ca. 5000 Kurden mit Giftgas. Dies rief Proteste in der internationalen Öffentlichkeit hervor und Saddam wurde von der UNO unter Druck gesetzt. Er bestritt den Einsatz von Chemiewaffen und erhielt Unterstützung aus Ankara. Die türkische Regierung schirmte die in die Türkei geflohenen Opfer des Giftgases ab; statt in normale Krankenhäuser wurden sie in Militärkrankenhäuser gebracht. Nachdem Saddam sich geweigert hatte, eine Untersuchungskommission der UNO einreisen zu lassen, wollte die UNO die in die Türkei geflohenen Verletzten untersuchen lassen. Ankara lehnte dies mit der Begründung ab, die notwendigen Untersuchungen könnten von türkischen Ärzten durchgeführt werden. Diese Ärzte erklärten in ihren Berichten, bei den geflohenen Kurden seien nur die Folgen schlechter Ernährung feststellbar gewesen. Die türkische Öffentlichkeit erfuhr davon erst, als die türkische Zeitung *Hürriyet* am 2.10.1988 entsprechende Berichte des *Spiegels* empört zurückwies.

sich in ihrer Programmatik und ihren Aktivitäten auf ihr jeweiliges Teilgebiet. Denn so sehr die Teilung auch künstlich ist und so wenig die Kurden sie akzeptiert haben, herrschen in der Realität doch in jedem Teil jeweils eigene Bedingungen, die die gegenwärtigen und wahrscheinlich auch zukünftigen Entwicklungen bestimmen.

Dennoch gibt es auch heute noch langfristige Programme mit dem Ziel, die Teilung Kurdistans zu überwinden. An diesem Punkt bewegen sich die Diskussionen unter den Kurden seit Jahren in einem Spannungsfeld zwischen dem „Möglichen“ und dem „Notwendigen“: Die Gründung eines unabhängigen, vereinten Kurdistans erscheint unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht realistisch. Der wichtigste Grund dafür ist, dass es nicht möglich sein wird, die Grenzen der vier betroffenen Staaten zu verändern. Was möglich erscheint ist, in jedem einzelnen Teil auf dem Wege der „Befreiung“ Fortschritte zu machen. Aber den Gedanken, dass ein „befreites und vereintes Kurdistan“ das eigentlich Nötige und Erstrebenswerte sei, trifft man weit verbreitet an – von kurdischen Spitzenpolitikern bis zu einfachen Menschen. Wenn auch diese „Notwendigkeit“ heute nur eine Utopie ist, ist es doch schwer, diesen Traum aus dem Bewusstsein der Kurden zu löschen. Das ständige Dilemma der kurdischen Politik ist es daher, ein Gleichgewicht zwischen Utopie und Realismus zu schaffen, was in den meisten Fällen allerdings nicht gelungen ist.¹⁰

Das Spannungsverhältnis zwischen „möglich“ und „notwendig“ besteht aber nicht nur in diesem Punkt. Die heute vorherrschende Tendenz in allen Teilen Kurdistans ist, dass jeder sich um das eigene Gebiet kümmert. Aber was wird in den einzelnen Teilen jeweils angestrebt? Sollen z.B. die Kurden in Türkisch-Kurdistan sich von der Türkei trennen und einen unabhängigen kurdischen Staat gründen? Oder sollen sie eine Föderation mit der Türkei bilden? Oder sollen sie sich mit kulturellen Rechten innerhalb eines einheitlichen Staates begnügen? Die gleichen Fragen gelten natürlich auch für die anderen kurdischen Teilgebiete. In jedem einzelnen Teilgebiet geht es also wieder um das Problem, was möglich und was nötig ist. Eine verbreitete Auffassung ist es, dass in jedem Teil eine eigene Föderation gebildet werden sollte. Aber man muss bedenken, dass sich in der hoch komplizierten Kurdenfrage oft Lösungen, die man zunächst für „möglich“ hält, als „nötig, aber nicht möglich“ herausstellen.

3. Der drittgrößte Teil: Irakisch-Kurdistan

3.1. Tendenzen der vergangenen Jahrzehnte

Die Kurden sind – zumindest in einem Teil – dabei, zum ersten Mal seit langen Jahren das „Mögliche“ in die Realität umzusetzen: Es geht um Irakisch-Kurdistan. Im Grund muss man sagen, es geht wieder um Irakisch-Kurdistan, denn hier gab es schon immer mehr Bewegung als in den anderen Teilen und man war näher daran auszuschöpfen, was „möglich“ ist. Der Hauptgrund dafür ist, dass dieses Gebiet im Osmanischen Reich (damals als „Vilâyet Mossul“) stärker in sich abgeschlossen war.¹¹ Dies hat dazu geführt, dass die dort lebenden Menschen ein stärkeres Bewusstsein ihrer Identität als Kurden bewahrt haben. Im Vergleich zu den anderen kurdischen Gebieten innerhalb des Osmanischen Reiches hatten die Kurden im „Vilâyet Mossul“ kaum Kontakte zur osmanischen Hauptstadt Istanbul. Die Situation

¹⁰ Vgl.: Ballı, Rafet, 1991.

¹¹ Vgl. Yıldız, Hasan, 1996, S. 25.

dieses „rückständigen“ Gebietes kann man mit einem leicht veränderten Sprichwort beschreiben als „weiter von Istanbul, näher an Allah“.¹²

Die kemalistische Staatsführung in der Türkei betrachtete das Vilâyet Mossul als Bestandteil der neuen Türkei und auch die Kurden in der Türkei, die im Bündnis mit den Kemalisten agierten, wollten nicht von ihren dortigen Volksgenossen durch eine Grenze getrennt werden. Diese Frage führte – wie oben dargestellt – zu einer ernsten Krise zwischen den Kemalisten und Großbritannien. Auch die Kurden in der Provinz Mossul lehnten sich auf und erklärten wiederholt, sie seien nicht bereit, sich von den Arabern assimilieren zu lassen. Die Briten reagierten darauf mit der Bombardierung des Gebietes. Es war von vornherein klar, dass, wer auch immer die Herrschaft über die Provinz Mossul erhalten würde, diesem Gebiet zumindest Autonomie zugestehen müsste. Es wäre dort nicht möglich gewesen, zunächst Autonomie zu versprechen und dies hinterher wieder zu „vergessen“, wie es die Kemalisten mit den Kurden in der Türkei gemacht haben.¹³

Einige Forscher vertreten die These, die Kemalisten hätten die Provinz Mossul aufgrund dieses Umstands letztlich bewusst und bereitwillig an das britische Mandatsgebiet Irak abgetreten.¹⁴ Der Grund dafür wird darin gesehen, dass die Provinz Mossul, wenn sie bei der Türkei geblieben wäre, mit ihrem sehr viel stärkeren kurdischen Bewusstsein die übrigen Kurden in der Türkei beeinflusst hätte. In der Türkei führte die Enttäuschung der Kurden über die Verweigerung der ursprünglich von den Kemalisten zugesagten Autonomie zu mehreren Aufständen (nach staatlichen Statistiken 28), die mit großer Brutalität niedergeschlagen wurden. Nach der Zerschlagung des letzten Aufstands von 1938 richteten sich die Augen aller Kurden auf die „nicht zu löschende Flamme“ in Irakisch-Kurdistan.¹⁵

Daraus erklärt sich, dass der drittgrößte Teil Kurdistans¹⁶ im Verlauf der gesamten jüngeren Geschichte alle vier Teile stark beeinflusst hat. Der Einfluss Irakisch-Kurdistans

¹² Die komplexe Situation der Kurden führt teilweise auch zu Paradoxien. So hat eine andere Form von Rückständigkeit sich als Vorteil für die Kurden in der Türkei erwiesen: Die vor allem religiös begründete Tradition, Mädchen nicht in die Schule zu schicken, hat einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass trotz der offiziellen Politik des türkischen Staates, die Existenz der Kurden zu leugnen und ihre Kultur auszulöschen, die kurdische Sprache erhalten geblieben ist. Da die Frauen nicht in die Schule gegangen waren und somit kein Türkisch gelernt haben, haben sie ihren Kindern das Kurdische als Muttersprache vermittelt.

¹³ Vgl. Minorsky, Vladimir F., 1998, S. 78.

¹⁴ Ahmet Ferit berichtet, gestützt auf sowjetische Dokumente, von einem Vorfall, der bislang noch nicht bekannt war: Am 27.2.1923 berichtete Yusuf Ziya Bey, Abgeordneter aus Bitlis, dem sowjetischen Diplomaten Shakhoskoy „Während der Verhandlungen zwischen Großbritannien und der Türkei über Mossul haben die Briten der Türkei ein bedingtes Angebot gemacht. Wenn die Türkei Kurdistan Autonomie gewähren würde, würden die Engländer Mossul verlassen. Aber die Türkei wollte die Verpflichtung, den Kurden Autonomie zu geben nicht eingehen, lehnte den Vorschlag ab und überließ Mossul den Engländern“ (zitiert nach: Kutlay, Naci: 21. Yüzyıla girerken Kürtler, Pêri Yayınları, Istanbul 2002, S. 79).

¹⁵ Zur Geschichte der kurdischen Aufstände in der Türkei siehe: Burkay, Kemal, 1978; Bayrak, Mehmet, 1993; Hasretyan, M. A., 1996.

¹⁶ Von dem insgesamt ca. 500.000 km² umfassenden kurdischen Gebiet liegen 43 % auf dem Staatsgebiet der Türkei, 31 % auf dem Irans, 18 % auf dem des Irak, 6 % auf dem Syriens und 2 % auf dem Gebiet der GUS. Das Zahlenverhältnis der kurdischen Bewohner entspricht dieser Reihenfolge. (Die genaue Anzahl der Kurden ist nicht ermittelbar, da die Staaten, in denen sie leben, diesbezüglich nie Zählungen vorgenommen haben. Die hier zugrunde gelegten Zahlen stützen sich auf die Schätzungen, die Prof. Mirdad R. Izady aus verschiedenen Statistiken für das Jahr 2000 abgeleitet hat. Weitere Informationen siehe: www.kurdish.com). Laut Izady gibt es 35.100.000 Kurden, die sich folgendermaßen auf die Teilungsstaaten verteilen (Anteil an der Gesamtzahl aller Kurden in % in Klammern): Türkei: Gesamteinwohnerzahl 65.900.000, davon 19 Mio. Kurden (52 %), Iran: Gesamteinwohnerzahl 73.900.000, davon 8 Mio. Kurden (25,5 %), Irak: Gesamteinwohnerzahl 22.600.000, davon 5.600.000 Kurden (16 %), Syrien: Gesamteinwohnerzahl 17.200.000, davon 1.600.000 Kurden (4,5 %), GUS: 500.000 Kurden (1,5 %). Darüber hinaus leben ca. 1 Mio. Kurden in der Diaspora, vor allem in Westeuropa. Bzgl. des Anteils der Kurden bzw. der kurdischen Siedlungsgebiete an der Gesamtbevölkerung und der Fläche der Teilungsstaaten ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge: ihr Bevölkerungsanteil beträgt in der

ging zeitweise sogar so weit, dass die Kurden in den anderen Teilen ihre Aktivitäten zu seinen Gunsten eingestellt haben. In den übrigen drei Teilen herrschte die Auffassung, dass ein Erfolg in dem Teil, der einer Verwirklichung des „Möglichen“ am nächsten ist, am ehesten zu Fortschritten im eigenen Teil führen würde.¹⁷ Als z.B. die Kämpfe zwischen den Kurden im Irak und der irakischen Armee an Schärfe zunahmen, sahen die Kurden in der Türkei, in Iran und in Syrien ihre Hauptaufgabe darin, Irakisch-Kurdistan zu unterstützen. Zu dieser Zeit haben die *Demokratische Partei Kurdistans - Iran* und die *Demokratische Partei Kurdistans - Syrien* ihre Aktivitäten faktisch eingestellt um „der Revolution in Irakisch-Kurdistan nicht zu schaden“. Dies hat auch dazu geführt, dass der legendäre Führer Irakisch-Kurdistans, Mustafa Barzani (1902 – 1979), in allen Teilen Kurdistans als Führer anerkannt und von den Kurden (im Sinne einer Respektsbezeugung) „Apê“ (Onkel) genannt wurde.

Der Einfluss von Irakisch-Kurdistan auf den türkischen Teil Kurdistans wuchs insbesondere seit den 1940er Jahren, als dort bezüglich kurdischer Bewegungen eine Art Friedhofsruhe herrschte. Viele Kurden in der Türkei bezeichneten Mustafa Barzani als „Atakürt“ (Vater der Kurden) – in Anlehnung an die Bezeichnung Mustafa Kemals als „Atatürk“ (Vater der Türken). Deutlich sichtbar wurde der Einfluss Irakisch-Kurdistans seit den 1960er Jahren, als die kurdische Bewegung in der Türkei wieder auflebte. Die 1965 gegründete *Demokratische Partei Kurdistans-Türkei* (T-KDP) war faktisch eine Unterabteilung der Demokratischen Partei Kurdistans–Irak (I-KDP).¹⁸

Auch in den folgenden Jahren bestand der Einfluss Irakisch-Kurdistans auf die kurdische Bewegung in der Türkei fort.¹⁹ Besonders nachdem am 11. März 1970 zwischen der irakischen Regierung und der I-KDP ein „Autonomie-Vertrag“ unterzeichnet wurde, der nach internationalen Rechtsnormen faktisch eine Föderation vorsah (der jedoch in den Folgejahren nicht umgesetzt wurde), erhielten die in Irakisch-Kurdistan gesetzten Hoffnungen erneuten Auftrieb. Die türkische Staatsführung reagierte darauf mit verschärften Repressionen gegen die Kurden in der Türkei. Generell lässt sich eine Parallelität zwischen den Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan und den Operationen des türkischen Staates gegen Kurden in der Türkei

Türkei 28,83 %, im Irak 24,78 %, in Iran 11,37 % und in Syrien 9,3 %; der Flächenanteil der kurdischen Gebiete beträgt in der Türkei 26,9 %, im Irak 18,86 %, in Iran 11,83 % und in Syrien 8,1 %.

¹⁷ Dies ist nur im Sinne einer allgemeinen Tendenz zu verstehen und macht deutlich, dass Irakisch-Kurdistan insbesondere seit den 1960er Jahren für die Kurden in den anderen Teilen eine Quelle der Inspiration war, da es kurz davor stand, sich einen gewissen Status zu erkämpfen. Es war jedoch nicht so, dass alle Kurden zur Unterstützung Irakisch-Kurdistans oder auch für ein anderes Ziel ihre Aktivitäten professionell und systematisch koordiniert hätten. Im Gegenteil, zeitweise haben kurdische Eliten sogar nicht davor zurückgeschreckt, Bündnisse einzugehen, die den Kurden in einem anderen Teil schaden. So haben während des Krieges zwischen Iran und Irak (1980-1988) die KDP-Irak mit der iranischen Führung und die KDP-Iran mit der irakischen Regierung zusammen gearbeitet und damit erheblich Probleme zwischen diesen beiden Teilen Kurdistans heraufbeschworen, deren Folgen heute noch spürbar sind.

¹⁸ Die erste *Demokratische Partei Kurdistans*, die als erste moderne Partei in der jüngeren Geschichte Kurdistans bezeichnet werden kann, wurde im Oktober 1945 in Iranisch-Kurdistan gegründet. Am 16. August 1946 wurde dann unter Führung von Mustafa Barzani die *Demokratische Partei Kurdistans–Irak* gegründet, gefolgt von der Gründung der *Demokratischen Partei Kurdistans–Syrien* (1957) und der *Demokratischen Partei Kurdistans–Türkei* (1965). Während die Politik in Iranisch-Kurdistan einen eigenen Verlauf genommen hat, trugen die KDP'en in Syrien und in der Türkei klar den Stempel von Barzanis I-KDP.

¹⁹ Aus der Perspektive der Kurden in der Türkei kann man zwei Perioden feststellen, in denen dieser Einfluss schwächer war: 1) Die Zeit nach der Niederlage der kurdischen Bewegung im Irak 1975. In dieser Zeit wurden die Kurden in der Türkei stärker von den türkischen linken Bewegungen beeinflusst als von Irakisch-Kurdistan. In den Jahren 1975-1977 wurden von Kurden zahlreiche illegale „marxistisch-leninistische“ kurdische Organisationen gegründet, die praktisch alle Teil der türkischen linken Bewegung waren. Diese Phase dauerte bis zum Militärputsch von 1980. 2) Die Zeit der größten Macht der Partiya Karkerên Kurdistan (PKK; Arbeiterpartei Kurdistans) seit Ende der 1980er Jahre. Diese Phase dauerte praktisch bis zum letzten Irakkrieg (2003) an.

feststellen. Immer, wenn es stärkere politische Bewegungen in Irakisch-Kurdistan gab, erhöhte die türkische Staatsführung ihre Repressionen, um ein Übergreifen des Einflusses zu verhindern. So reagierte die türkische Regierung auf die heftigen Kämpfe zwischen 1961 und 1964, die in der Geschichte Irakisch-Kurdistans als „Kurdische Revolution“ bezeichnet werden, mit Verhaftungs- und Verbannungskampagnen gegen die Kurden in der Türkei und intensivierte ihre Türkisierungspolitik mit einer beschleunigten Umbenennung kurdischer geographischer Bezeichnungen. (Dies geschah in der Phase nach dem oft als fortschrittlich bezeichneten Militärputsch vom 27. Mai 1960). Zu der Zeit, als im Irak der „Autonomievertrag“ unterzeichnet wurde, führte die türkische Armee in den kurdischen Dörfern umfangreiche Razzien unter dem Vorwand der „Suche nach Waffen“ durch. Tausende Kurden wurden verhaftet. Die Repressionen setzten sich – ausgeweitet auf die gesamte Opposition in der Türkei – ein Jahr später mit dem zweiten Militärputsch vom 12. März 1971 fort.

Auch im Verlauf der Geschichte des Erstarkens der PKK hat es zeitweise einen Einfluss der irakischen Kurden gegeben. Zwar hat die PKK, die im Gegensatz zu vielen anderen kurdischen Organisationen in der Türkei außerhalb der Tradition der KDP entstanden ist, seit ihrer Gründung 1978 die KDP als „Verräter“ und „Kollaborateure“ beschimpft. Dies hat sie jedoch nicht davon abgehalten, mit der I-KDP zusammenzuarbeiten, nachdem sie ihre Kämpfer nach 1980 zunächst zur militärischen Ausbildung im Libanon stationiert hatte und sie zwei Jahre später in Irakisch-Kurdistan ansiedelte. Viele Beobachter interpretieren das 1983 zwischen der I-KDP und der PKK unterzeichnete „Protokoll über Zusammenarbeit“ als ein Abkommen zum gegenseitigen Vorteil: Die PKK wurde gestärkt, indem sie die logistische Unterstützung aus Irakisch-Kurdistan sicherstellen konnte, die I-KDP gewann einen Trumpf gegenüber ihren Konkurrenten, insbesondere der *Patriotischen Union Kurdistans* (PUK) unter Führung von Jalal Talabani. Der Nutzen für die I-KDP war jedoch nicht nur auf diesen Punkt begrenzt. Eines ihrer Motive dafür, die PKK zu unterstützen war es sicherlich auch, der türkischen Regierung, mit der sie seit Jahren sehr angespannte Beziehungen hatte, eine Warnung oder zumindest eine Botschaft zukommen zu lassen. Auch der von der PKK als „Beginn des bewaffneten Kampfes“ gefeierte Angriff vom 15./16. August 1984²⁰ kann als Warnung der I-KDP an die türkische Regierung interpretiert werden: Die Orte der Angriffe, die Kleinstädte Eruh und Şemdinli auf türkisch-kurdischem Gebiet, liegen sehr nahe an dem von der I-KDP „befreiten Gebiet“ und diese Region stand traditionell unter starkem Einfluss der I-KDP. Örtliche Quellen²¹ sagten in Bezug auf diese Jahre, dass in der Region ohne Wissen der I-KDP kein Vogel habe fliegen können.²²

Die Antwort der türkischen Staatsführung auf diese „Botschaft“ kam genau zwei Jahre später: Am 15. August 1986 drang die türkische Armee in Irakisch-Kurdistan ein, um dort die PKK zu bekämpfen. Dies war allerdings weder das erste noch das letzte Eingreifen der Türkei dort. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 hatte die Türkei entlang der gesamten Grenzen zu Syrien, dem Irak und Iran einen 10-20 km breiten Streifen zu einem Sicherheitsgürtel erklärt und alle sich dort befindenden Dörfer geräumt. Im Mai 1983 drang das türkische Militär mit 15.000 Soldaten in Irakisch-Kurdistan ein. Die Begründung war

²⁰ Nachdem die Guerillakämpfer der PKK in der Nacht vom 15. auf den 16. August 1984 die örtlichen Polizei- und Militärstationen außer Gefecht gesetzt hatten, hielten sie die Städte für einige Stunden besetzt und propagierten ihre Ziele unter den Bewohnern. Anschließend zogen sie sich wieder zurück.

²¹ Ballı, Rafet, 1991, S. 11-14.

²² Das Kooperationsprotokoll wurde 1987 von der I-KDP aufgekündigt. Der Grund dafür war das Bestreben der I-KDP, ihre Beziehungen zur Türkei zu verbessern, bzw. – was zu dem gleichen Ergebnis führt – ihre Angst vor der Türkei. Die PKK nahm im Anschluss daran Beziehungen zu Barzanis Konkurrenten Jalal Talabani auf und es kam dann immer wieder zu Kämpfen zwischen I-KDP-Truppen und der PKK.

ebenfalls die „Bekämpfung der PKK“ – obwohl es zu dieser Zeit so gut wie keine bewaffneten Aktionen der PKK gab. Es ist daher eher anzunehmen, dass diese erste große Militäroperation eine Warnung an die I-KDP war, die den Krieg zwischen dem Irak und Iran genutzt hatte, in Irakisch-Kurdistan „befreite Gebiete“ zu erklären. Auch nach 1983 ist die türkische Armee mehrfach nach Irakisch-Kurdistan vorgedrungen. Die türkische Regierung versuchte dabei, sich auf eine mit dem Irak geschlossene Vereinbarung zur „nachsetzenden Verfolgung“ zu stützen, die Regierung in Bagdad hatte jedoch jedes Mal, wenn auch schwach, Protest dagegen eingelegt. Die größte Operation fand im März 1995 mit 35.000 türkischen Soldaten statt. Neben größeren Militäroperationen führte die türkische Regierung oft auch heimliche Operationen in Irakisch-Kurdistan durch und Angehörige der türkischen Armee sind in begrenzter Zahl dauerhaft dort stationiert. Darüber hinaus sind auch Mitarbeiter des türkischen Geheimdienstes in Städten Irakisch-Kurdistans aktiv.

Die türkische Begründung für ihre Operationen in Irakisch-Kurdistan, die Bekämpfung der PKK, ist wenig überzeugend, da diese Operationen regelmäßig weit über dieses Ziel hinausgingen. Aber auch der Verdacht, die Türkei strebe immer noch das Ziel an, ehemalige Gebiete des Osmanischen Reiches der Türkei anzuschließen, erscheint nicht realistisch. Vor allem in der westlichen Presse werden oft Spekulationen angestellt, die Türkei strebe die Rückgewinnung von Mossul und Kirkuk an. Derartige Diskussionen dienen in der Türkei aber eher dazu, nationalistische Kreise zufrieden zu stellen und vor allem um die eigentlichen Ziele zu verschleiern. Auch das Ausspielen der „turkmenischen Karte“ in der türkischen Außenpolitik der vergangenen Jahre ist nur ein Mittel zur Erreichung des eigentlichen Ziels: zu verhindern, dass die irakischen Kurden einen irgendwie gearteten Rechtsstatus erlangen oder – wenn dies nicht zu verhindern ist – dafür zu sorgen, dass ein solcher Status auf einem möglichst niedrigen Niveau bleibt. In einer gemeinsamen Publikation eines türkischen und eines englischen Wissenschaftlers wird die diesbezügliche türkische Position wie folgt beschrieben: „Die türkische Regierung ist sehr besorgt über die Möglichkeit, dass im Nordirak ein unabhängiger kurdischer Staat gegründet werden könnte oder dass im Irak auf Druck der Kurden im Nordirak ein föderativer Staat im wahren Sinne entstehen könnte. Dies könnte die Kurden in der Türkei ermutigen, sich verstärkt für ihre Unabhängigkeit oder die Schaffung eines föderalen Systems einzusetzen. Die Verantwortlichen in der Türkei würden äußerstenfalls eine Autonomieregelung unter Wahrung der Einheit des irakischen Staates akzeptieren. Selbst eine solche Lösung könnte ein Beispiel abgeben. Kurden in der Türkei könnten fordern, ein Autonomiemodell im Nordirak auch auf die Türkei anzuwenden.“²³

Aufgrund dieser Ängste ist es das Hauptziel der türkischen Politik, in Irakisch-Kurdistan für Instabilität zu sorgen. Die eben zitierten Autoren machen dies an einem anderen Beispiel deutlich: „Die türkischen Verantwortlichen betrachteten es mit Skepsis, wenn zwischen der KDP und der PUK phasenweise gute Beziehungen herrschten. Als sich die Kurdenführer des Nordirak im Juli 1994 unter Teilnahme westlicher Beobachter in Paris trafen und ihre Absicht erklärten, Wahlen abzuhalten und ihre militärischen Kräfte zu vereinigen, gerieten die Kräfte, die in der Türkei die Entscheidungsgewalt in der Hand halten, in Aufregung. (...) Dies zeigt, dass die Verantwortlichen in der Türkei es vorziehen, wenn die Spannungen zwischen der KDP und der PUK fortbestehen, damit das kurdische Parlament und die Regierung im Nordirak weiterhin gelähmt sind. Auf der anderen Seite will Ankara aber auch nicht, dass die Kämpfe zwischen KDP und PUK ein Niveau erreichen, von dem die PKK im Nordirak profitieren könnte.“²⁴

²³ Kirişçi, Kemal/Winrow, Gareth M., 2000, S. 164 f.

²⁴ Ebd., S. 168.

Dies zeigt, dass Irakisch-Kurdistan nicht nur auf die anderen Teile Kurdistans einen großen Einfluss hat und eine Quelle der Hoffnung darstellt, weil es am nächsten daran ist, das „Mögliche“ zu erreichen, sondern dass es aus demselben Grund für die Staaten, die die anderen Teile Kurdistans beherrschen, von besonderem Interesse und ein Ziel von Einmischungen ist. Diese Situation, die hier am Beispiel der Türkei beschrieben wurde, gilt entsprechend auch für die anderen Teilungsstaaten und dies macht die Bedeutung der Frage, der wir uns jetzt zuwenden wollen für die gesamte Region deutlich: die Frage des Status von Irakisch-Kurdistan in einem neu konstruierten Irak.

3.2. Die kurdische Abteilung auf der Baustelle Irak

Die Kurdenfrage war bisher in zwei Perioden Thema internationaler Diskussionen: Die erste war das Ende des 1. Weltkriegs, die zweite die Zeit des ersten Golfkriegs. In der ersten dieser beiden Perioden, war es den Kurden nicht gelungen, irgendeinen rechtlichen Status zu gewinnen. In der zweiten Periode wurde der größte Teil des kurdischen Gebiets im Irak faktisch unter kurdische Regierungsgewalt gestellt. Aber diese faktische Freiheit, die von den Kurden als „kurdischer Frühling“ bezeichnet wurde, beruhte nicht auf einem rechtlich anerkannten Status.

Nach dem letzten Irakkrieg steht die Kurdenfrage ein drittes Mal auf der internationalen Tagesordnung. Und Irakisch-Kurdistan steht kurz davor, das erste Mal in der Geschichte einen rechtlichen Status zu erhalten. Wenn man von der kurzen Periode der *Kurdischen Republik Mahabad* absieht, wird dies überhaupt das erste Mal in der jüngeren Geschichte der Kurden sein. Aus der Sicht der Kurden eröffnen sich im heutigen Irak neue Perspektiven. Was die irakischen Kurden wollen ist klar: Eine Föderation mit nicht zu weit gehenden Kompetenzen der Zentralmacht.²⁵ Aber auf dem Weg zu diesem Ziel werden noch einige Hindernisse zu überwinden sein: Die Gegenreaktionen der Staaten der Region, die Scheu der Hegemonialmacht USA an dem Status quo zu rütteln, die Widerstände der Araber im Irak, die einem zu gründenden föderativen Irak eher den Charakter eines unitären Staates geben wollen und die Probleme der Kurden untereinander.

Die türkische Regierung hatte schon vor Beginn des Irakkriegs ihre „roten Linien“ deutlich gemacht: Die staatliche Einheit des Irak müsse erhalten bleiben und die Gründung eines kurdischen Staates wäre für sie ein Kriegsgrund; die Turkmenen müssten in einer Regionalverwaltung die gleichen Rechte erhalten; an den Reichtümern des Irak (dem Erdöl) müsse die irakische Bevölkerung in gleicher Weise Anteil haben. Diese „roten Linien“ lassen sich, wenn man sie der diplomatischen Schale entkleidet, in einem Satz zusammenfassen: Die Kurden sollen so wenig Rechte wie möglich erhalten.²⁶ Die Türkei verfolgt ihre Politik gestützt auf die guten Beziehungen zu ihrem strategischen Partner und Verbündeten USA. Gegenüber den irakischen Kurden macht sie deutlich: „Wenn ihr zu weit geht, bekommt ihr es mit uns zu tun“. Zu diesem Zweck hat sie ihre in den letzten 15 Jahren aufgebauten Beziehungen zu den Turkmenen im Irak intensiviert, die Gründung ihr nahe stehender turkmenischer Parteien veranlasst und damit die turkmenische Karte auf den Tisch gelegt,

²⁵ Im Februar 2004, d.h. vor der Verabschiedung der irakischen Übergangsverfassung, schloss eine zuvor gebildete zivilgesellschaftliche „Initiative für die Unabhängigkeit“ ihre vor Monaten begonnene Kampagne ab und übergab der provisorischen Regierung in Bagdad ein Gesuch mit einer Rekordzahl von 1.700.000 Unterschriften, in dem die Durchführung eines Referendums über die Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistans gefordert wurde. Es war jedoch klar, dass diese Kampagne dazu diente, die Verhandlungsposition der kurdischen Führer zu stärken; sie wurde daher auch indirekt von Barzani und Talabani unterstützt. Die kurdischen Führer sind sich jedoch einig darüber, dass die Unabhängigkeit derzeit keine realistische Perspektive ist.

²⁶ Zur offiziellen türkischen Position siehe: Özdağ, Ümit/Laçiner, Sedat/Erkmen, Serhat, 2003.

obwohl die Turkmenen vorher von sich aus in Irakisch-Kurdistan kaum von sich reden gemacht hatten. Die Türkei versucht auch, irakische Araber als Bündnispartner gegen die Kurden zu gewinnen, wie ein Treffen des türkischen Außenministers Abdullah Gül im September 2003 in Ankara zeigte.

Die türkische Regierung sah immer einen Vorteil darin, in Irakisch-Kurdistan mit militärischen Kräften vertreten zu sein, um auf die dortigen Entwicklungen direkten Einfluss ausüben zu können. Im Grunde hatte die Türkei eine solche Chance kurz vor Beginn des Irakkriegs in den Händen, als die USA Soldaten in der Türkei stationieren wollte, um von Süden und Norden auf Bagdad zustoßen zu können. Bestandteil dieses ersten Angriffsplans der USA war es, dass Einheiten der türkischen Armee vom Norden in den Irak vordringen sollten. Aber dieser Plan scheiterte im März 2003 an wenigen Stimmen im türkischen Parlament. Im August 2003 baten die USA die Türkei, Soldaten in umkämpfte Gebiete des Irak zu entsenden. Diesmal stimmte das Parlament zu, aber es war zu spät. Die anderen Staaten der Region und vor allem die irakischen Kurden lehnten eine Stationierung türkischer Truppen in der Region entschieden ab und die USA mussten daher von ihrem Plan Abstand nehmen. Diese Entwicklung führte in der Öffentlichkeit zu der Interpretation, im Nordirak seien „die roten Linien der Türkei überschritten worden“. Diese Sicht wurde dadurch bestärkt, dass in der irakischen Übergangsverfassung eine Föderation und Rechte für die irakischen Kurden vorgesehen sind, obwohl sich die Türkei immer entschieden gegen eine Föderation auf ethnischer Basis ausgesprochen hatte.

Auch die iranische und die syrische Staatsführung versuchen auf verschiedenen Kanälen in die Entwicklungen einzugreifen. Iran knüpft an seine Kontakte zu beiden großen kurdischen Parteien auf unterer Ebene an und versucht sie dazu zu bewegen, keine Beziehungen zu den Kurden in Iran aufzunehmen. Gleichzeitig versucht Teheran seine engen Beziehungen zu seinen schiitischen Glaubensgenossen, die die größte Gruppe im Irak stellen, zu nutzen, um die Forderungen der Kurden in Grenzen zu halten.

3.3. Interesse und Desinteresse des Westens

Die USA, die im Nahen Osten generell und im Irak im Besonderen die Vorherrschaft des britischen Empires übernahmen, wiederholen mit ihrer Irakpolitik im Grund genommen die britische Politik. Das am Ende des 1. Weltkriegs von den Briten zugeschnittene Kleid wird jetzt von den Amerikanern neu genäht. Das Grundmuster dieses Kleides ist das Zusammenleben von Kurden und Arabern in einem Staat Irak. Davon will auch die US-Administration nicht abrücken; sie ist entschlossen, den Status quo und die bestehenden Grenzen aufrecht zu erhalten. Sowohl die USA als auch die großen europäischen Staaten werden keine Veränderungen akzeptieren, die in den drei anderen Staaten, in denen Kurden leben (vor allem in Iran und in der Türkei) zu Unruhen führen würden.²⁷

Aufgrund dieser Sichtweise wird die Kurdenfrage vor allem nicht als ein übergreifendes politisches Problem, sondern als ein inneres Problem der vier betroffenen Staaten unter dem Stichwort Menschenrechte definiert. Aber Irakisch-Kurdistan stellt diesen klassischen Blick-

²⁷ Als seinerzeit das Abkommen zwischen Großbritannien und der jungen Republik Türkei über die Eingliederung der Provinz Mossul in den neu gegründeten Staat Irak unterzeichnet wurde, sagte der britische Kolonialminister Amery in einer diesbezüglichen Debatte im britischen Unterhaus: „Unser Ziel ist es, dass sich die Kurden mit dem irakischen Staat verständigen, so wie es auch bis heute funktioniert hat. Wenn die Kurden sich damit (mit einer geplanten kulturellen Autonomie) zufrieden geben, haben wir nur noch den Wunsch, dass sie nicht über die Grenzen sehen und versuchen, die Phantasie von einem unabhängigen Kurdistan unter Aufhebung der Grenzen zu Iran und zur Türkei umzusetzen. Das letzte was wir in dieser Weltregion wollen, ist irgendeine Entwicklung, die Unruhe schafft. Wir wollen Stabilität.“ Zitiert nach Minorsky, Vladimir F., 1998, S. 78.

winkel immer wieder in Frage – sowohl in seiner Geschichte als auch mit seiner gegenwärtigen Entwicklung. Man kann den irakischen Kurden nicht mehr (wie den Kurden in der Türkei) sagen: „Gebt euch damit zufrieden, als Bürger eines unitären Zentralstaates zu leben, in dem eure individuellen Menschenrechte gewahrt werden“. Es ist nicht vorstellbar, dass die irakischen Kurden, die nachdem die Autonomievereinbarung vom 11. März 1970 nicht umgesetzt wurde, eine von mit Saddam kooperierenden Kurden ausgehandelte Scheinautonomie auf das heftigste abgelehnt und lange Jahre gekämpft haben, eine Lösung akzeptieren würden, die hinter ihrer jetzigen faktischen Situation zurückbleibt. Die USA sind sich dessen bewusst, wollen aber die politischen und ethnischen Rechte der Kurden unter dem Dach des irakischen Staates realisiert sehen. Die irakischen Kurden sind bereit, dies zu akzeptieren, unter der Voraussetzung, dass dieses Dach kein streng zentralistisches System ist und die Kurden ihre eigene föderale Verwaltung haben.

Die Determinante für die USA in der Frage des Status der irakischen Kurden ist die „regionale Stabilität“. Dabei geht es nicht nur um die übrigen Staaten in der Region, die ein „Kurdenproblem“ haben (insbesondere die Türkei). Die US-Administration will auch Konfrontationen mit den arabischen Staaten vermeiden, die auf die staatliche Einheit des Irak dringen. Nicht zuletzt wollen die Amerikaner auch in dem „irakischen Sumpf“, in dem sie derzeit stecken, das innere Gleichgewicht nicht noch mehr erschüttern. Daher sind sie nicht geneigt, die kurdischen Forderungen vollständig zu erfüllen, um nicht die irakischen Araber vollends gegen sich aufzubringen. Sowohl die Sunniten als auch die Schiiten befürchten, dass die Kurden zu viele Rechte erhalten könnten. Auf der anderen Seite waren die Kurden während des Irakkriegs die engsten Verbündeten der USA und die Amerikaner müssen diese Verbundenheit mit ins Kalkül ziehen.

Die Beziehungen der USA zu den irakischen Kurden waren in der jüngsten Geschichte von heftigen Verwerfungen geprägt. Die irakischen Kurden, vor allem Mustafa Barzani, hatten lange Zeit auf den Schutz der USA vertraut und sogar geglaubt, die Amerikaner würden ihnen die Freiheit bringen. Daher hatte die I-KDP in den 1960er und 1970er Jahren sich immer bemüht, die Unterstützung der USA zu erhalten, was sie indirekt auch erreichten: über den Schah des Iran. In diesen Jahren hatte Barzani direkte Verbindungen zur iranischen Regierung aufgebaut und sich die Unterstützung des Schahs gesichert. Mit dieser Unterstützung im Hintergrund, führte er Angriffe durch, die die Regierung in Bagdad in Schwierigkeiten brachte. 1975 verständigten sich die Kontrahenten Iran und Irak jedoch mit amerikanischer Vermittlung und unterzeichneten am 5. März 1975 das Abkommen von Algier, in dem u.a. der Irak auf seine Ansprüche im Schatt al-Arab verzichtete und Iran im Gegenzug zusagte, den irakischen Kurden seine Unterstützung zu entziehen. Dieser Vertragsabschluss führte für die irakischen Kurden zur größten Niederlage ihrer Geschichte, die sie als „Verrat der USA an den Kurden“ interpretierten.

Bei Beginn des ersten Golfkriegs hatten die Kurden den „ersten Verrat der USA“ vergessen. Sie beobachteten mit Freude, wie amerikanische Kampfflieger Bagdad bombardierten und veranstalteten Solidaritätskundgebungen für die USA. Aber kurze Zeit später erlebten sie eine erneute Enttäuschung. In der Hoffnung, die Amerikaner würden sie unterstützen oder zumindest Saddam von Angriffen gegen sie abhalten, begannen die Kurden im März 1991 einen Aufstand und versuchten, die Städte in Irakisch-Kurdistan in ihre Gewalt zu bringen. Aber die US-Regierung ließ zu, dass die irakische Armee mit Hubschraubern in das Gebiet vordrang (für die irakische Luftwaffe bestand dort ein Flugverbot) und den Aufstand mit massivem Bombardement niederschlug. Nach diesem „zweiten Verrat der USA“ wurde der amerikanische Präsident in den Straßen Irakisch-Kurdistans als „Teufel Bush“ bezeichnet. Anschließend versuchte die US-Administration, die Kurden wieder zu versöhnen, indem sie das Gebiet nördlich des 36. Breitengrades unter internationalen Schutz

stellten. Die Kurden errichteten unter diesem Schutz eine faktisch unabhängige Herrschaft, aber die Spuren des „zweiten Verrats“ waren damit nicht getilgt.

Als US-Präsident George W. Bush jun. dem Irak den Krieg erklärte, sah es so aus, als würde es diesmal nicht zu einem amerikanischen Verrat an den Kurden kommen, da diese die einzigen ernsthaften Verbündeten der Amerikaner in der Region waren. Irakisch-Kurdistan war das einzige Gebiet im Irak, in dem die Amerikaner keine Probleme hatten, sondern große Zustimmung fanden. Die Kurden hoffen jetzt darauf, dass als Gegenleistung für ihre Unterstützung ihre Erwartungen erfüllt werden. Dass die Amerikaner die kurdischen Forderungen auf der Ebene theoretischer Überlegungen zu halten versuchen, um die Türkei, die irakischen Schiiten und andere nicht gegen sich aufzubringen, interpretieren die Eliten unter den irakischen Kurden bisher als diplomatisches Spiel und geben ihre Hoffnungen nicht auf. Doch Indizien geben Anlass zur Skepsis. In der im Juni 2004 verabschiedete Irak-Resolution des UNO-Sicherheitsrats wurde auf die vorläufige Verfassung des Irak, die den Kurden verschiedene Rechte garantiert, kein Bezug genommen. Die kurdischen Führer äußerten darüber ihr Unverständnis und machten die USA dafür verantwortlich. Die Kurden erinnern sich gut an einen Satz aus einem internen Bericht der Nachrichten- und Forschungsabteilung des amerikanischen Außenministeriums vom 14. Mai 1979, der während der Besetzung der US-Botschaft in Teheran im gleichen Jahr bekannt wurde. Dort hieß es in Bezug auf die Kurden: „Wenn die Geschichte die Kurden etwas gelehrt hat, so ist es dies: Das Eintreten für die Interessen der Kurden ist der Punkt, den alle anderen am schnellsten aufgeben.“²⁸

3.4. Kernfrage: Was für eine Föderation?

Die ablehnende Haltung der irakischen Araber gegenüber der Gewährung von mehr Freiheiten für die Kurden zeigt sich an den Diskussionen über den Charakter einer möglichen Föderation. Die Aussicht, den Irak als zentralistischen Einheitsstaat rekonstruieren zu können, ist gering. Einerseits erlaubt die ethnische und religiöse Vielfalt im Irak dies nicht, andererseits wollen auch die USA keine starke Zentralmacht wie das gestürzte Ba'thregime mehr im Irak haben. Im Ergebnis bleibt ein föderaler Staat als einzig praktikables Modell und die aktuelle Diskussion dreht sich um die Frage: „Was für eine Föderation?“ In dieser Diskussion finden die sunnitischen Araber, die eine auf arabisch-islamischer Vorherrschaft beruhende Föderation mit starker Zentralmacht wollen, zur Zeit wenig Gehör, was in ihrer Rolle als hegemoniale Kraft in der Saddam-Zeit begründet ist. Größeren Einfluss haben die schiitischen Araber, die größte Bevölkerungsgruppe im Irak. Sie sehen sich als die wahren Opfer des Saddam-Regimes und beanspruchen eine vorrangige Stellung bei der Entscheidung über die zukünftige Ordnung. Einflussreiche schiitische Gruppen um die religiösen Führer al-Sistani und Muqtada al-Sadr werden von den Kurden als „anti-kurdisch“ eingeschätzt. Diese Gruppierungen wollen keine lose Föderation nach ethnischen Kriterien, sondern eine geographisch gegliederte Föderation mit engem Zusammenhalt und Entscheidungsstrukturen, die einem Einheitsstaat nahe kommen. Eine solche Lösung wird von den Kurden strikt abgelehnt.

Mit der Frage der Föderation ist als weiterer Konfliktpunkt der Status des ölreichen Kirkuk verbunden. Die Kurden bestehen darauf, dass Kirkuk eine kurdische Stadt sei und haben sie in ihrem Entwurf einer Verfassung für eine föderative kurdische Regierung zur Hauptstadt Kurdistans bestimmt. Kirkuk liegt jedoch nicht innerhalb der Grenzen des von den Kurden

²⁸ Zit. nach: Küçük, Yalçın: Kürtler üzerine tezler. Ankara, 1992, S. 434. Vgl. auch die Darstellung des genannten Vorfalles in: Ismet Chérif Vanly (Hg.): Kurdistan und die Kurden, (Buchreihe der Gesellschaft für bedrohte Völker, Bd. 3), Göttingen 1998, S. 73 ff.

seit 1991 de facto regierten Gebiets des „freien Kurdistan“ und die Kurden haben daher „bis zur Befreiung Kirkuks“ Erbil zu ihrer Hauptstadt gemacht. Während des Saddam-Regimes wurde die demographische Zusammensetzung Kirkuks gezielt verändert: kurdische Familien wurden aus der Stadt vertrieben und arabische Familien angesiedelt. Zudem lebt ein großer Teil der in Irakisch-Kurdistan ansässigen Minderheit der Turkmenen in Kirkuk, so dass die türkische Regierung Kirkuk als „turkmenische Stadt“ bezeichnet und bei jeder Gelegenheit erklärt, sie würde eine Unterstellung Kirkuks unter kurdische Verwaltung nicht akzeptieren.

3.5. ... noch alle Fragen offen: die Wahlen vom 30. Januar 2005

Nachdem die Schiiten zunächst ihre Unterschrift verzögert hatten, da sie sowohl das vorgesehene Präsidialsystem als auch eine Autonomie der Kurden in einem föderalen System entschieden ablehnten, wurde die Übergangsverfassung für den Irak im März 2004 schließlich von allen Seiten unterschrieben. Die beschriebenen Probleme sind damit aber keineswegs von der Tagesordnung verschwunden und die Diskussionen nicht beendet.

Aus kurdischer Sicht sind folgende Elemente der Übergangsverfassung von besonderer Bedeutung: Das Prinzip des Föderalismus wird in der Übergangsverfassung akzeptiert, aber die Festlegung der Details bleibt einem zukünftigen gewählten Parlament überlassen. Der Autonomiestatus „Kurdistans“ (damit ist nicht das gesamte kurdische Gebiet des Irak gemeint, sondern der Teil, der heute faktisch unter kurdischer Verwaltung steht) wird bis zum Amtsantritt einer gewählten irakischen Regierung aufrechterhalten.

Die Schiiten hatten gegen die Festlegung „Die Autonomie für die Kurden bleibt bestehen“ in dem ersten Verfassungsentwurf Widerstand geleistet und die Einschränkung „bis zu Wahlen“ durchgesetzt. Damit bleibt dieses Problem der nach den Wahlen zu bildenden Regierung überlassen.

Aus kurdischer Perspektive kann man – optimistisch betrachtet – Folgendes feststellen:

- a) Die Kurden stehen kurz davor, einen rechtlichen Status zu erhalten.
- b) Die Einigung auf das Prinzip des Föderalismus ist ein Erfolg für die Kurden.
- c) Ein weiterer Erfolg ist die Aufrechterhaltung des jetzigen Autonomiestatus und die Anerkennung eines Vetorechts der irakischen Kurden gegen Entscheidungen der Zentralmacht.
- d) Die Formulierung „die offiziellen Sprachen des Landes sind Arabisch und Kurdisch“ ist eminent wichtig.

Wenn man die „leere Hälfte des Glases“ betrachtet, sind die Nachteile für die Kurden folgende:

- a) Das Prinzip des Föderalismus wurde zwar grundsätzlich akzeptiert. Wie ein solches System konkret aussehen soll, wurde jedoch nicht festgelegt. Die irakischen Araber wollen eine enge, zentralistisch orientierte Föderation, die irakischen Kurden dagegen eine möglichst lose Föderation. Dies wird ein weiterer Konfliktpunkt bleiben.
- b) Kirkuk wurde nicht dem kurdischen Gebiet zugeschlagen; es sieht so aus als würde Kirkuk, das von Vater und Sohn Barzani als „Herz Kurdistan“ bezeichnet wurde, zunächst einen Sonderstatus erhalten. Dies wird in Zukunft wahrscheinlich noch zu Spannungen führen.
- c) Seit dem Sturz Saddams ist deutlich, dass sich die Wege von Kurden und Schiiten, den beiden natürlichen Verbündeten unter dem Saddam-Regime, getrennt haben. Von einem freundschaftlichen Verhalten der Schiiten gegenüber den ganz überwiegend sunnitischen Kurden ist heute nichts zu spüren. Die Schiiten betrachten sich selbst als die „eigentlichen“ Iraker und die Kurden nicht als Partner, sondern als Minderheit. In dem Maße, wie sich

unter den Schiiten eine antiamerikanische Haltung ausbreitet, betrachten sie die Kurden darüber hinaus zunehmend als „Kollaborateure der USA“.

Wie in der vorläufigen Verfassung vorgesehen, haben die Besatzungsmächte die Regierungsgewalt Ende Juni 2004 an eine provisorische irakische Regierung abgegeben. Diese Regierung hat die Wahlen für ein vorläufiges nationales Parlament vorbereitet und am 30. Januar 2005 durchgeführt. An den Parlamentswahlen und den gleichzeitigen Wahlen zu den regionalen politischen Vertretungen nahmen insgesamt 111 Parteien teil, wobei die entscheidenden politischen Kräfte sich zu Listen zusammengeschlossen hatten: Die schiitischen Araber zu der *Vereinigten Irakischen Liste*, einem Zusammenschluss von sechs schiitischen Parteien unter der ideellen Oberhoheit des Schiitenführers al-Sistani, die Kurden zu dem *Bündnis für Kurdistan*, dem sich neben den beiden großen kurdischen Parteien KDP und PUK ein breites Spektrum von kommunistischen bis islamischen Parteien angeschlossen hatte, mehrere säkulare sunnitische und schiitische Parteien und Gruppierungen bildeten die *Liste Irak* unter Führung des bisher amtierenden Ministerpräsidenten Iyad Allawi.

Das (vorläufige) Endergebnis der Wahlen, an denen von 14,2 Millionen registrierten Wählern 8.456.226 teilnahmen, wurde am 13. Februar 2005 verkündet. Wahlsieger war die *Vereinigte Irakische Liste* der arabischen Schiiten mit 48 % der Stimmen. Den zweiten Platz nahm mit 26 % das *Bündnis für Kurdistan* ein, den dritten Allawis *Liste Irak* mit 14 %. Es folgten die Liste des amtierenden Staatspräsidenten Ghazi al-Jawr, die vor allem die sunnitischen Araber vertrat, mit 2 % und die *Irakische Kommunistische Partei* sowie die Parteien der Turkmenen und der Assyrer. Um einen der 275 Sitze in der provisorischen Nationalversammlung zu erlangen, waren ca. 31.000 Stimmen nötig. Demnach wird es in der Nationalversammlung voraussichtlich folgende Sitzverteilung geben: Schiitische Liste: 140 Sitze, Kurden: 75 Sitze, Liste Allawis: 40 Sitze, Liste al-Jawrs: 5 Sitze, Turkmenen (sie waren mit drei unterschiedlichen Listen zur Wahl angetreten) 3 Sitze. Die 12 verbleibenden Sitze werden auf kleinere Parteien aufgeteilt werden.

Die Wahlbeteiligung lag bei 58 %, in den Provinzen mit überwiegend arabisch-sunnitischer Bevölkerung, die die Wahlen zum großen Teil boykottiert hat, lag sie zwischen 2 und 29 %. Die Schiiten, die ca. 60 % der Bevölkerung des Irak ausmachen, waren den Aufrufen ihres religiösen Führers al-Sistani „die Teilnahme an der Wahl ist eine religiöse Pflicht“ und „Ein Schiit – eine Stimme“ gefolgt. Sie wollten sich nicht die Möglichkeit entgehen lassen, zum ersten Mal in einem arabischen Land eine schiitische Vorherrschaft zu etablieren. Während in der ersten Zeit der Besatzung durch die USA Sunniten und Schiiten teilweise gemeinsam ihre Freitagsgebete verrichtet hatten, haben sich mit den Wahlen ihre Wege getrennt.

Am höchsten war die Wahlbeteiligung jedoch in den kurdischen Gebieten. Der KDP-Führer Barzani hatte die Kurden mit den Worten: „Jede kurdische Stimme ist eine Rose auf den Gräbern der kurdischen Märtyrer“ zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen. Das *Bündnis für Kurdistan* hat somit einen großen Erfolg erzielt, in dem kurdischen Autonomiegebiet erreichte das Wahlbündnis einen Stimmanteil von 89,5 %. Bei der Regionalwahl in der Provinz Taamim mit der Hauptstadt Kirkuk erhielt das kurdische Bündnis 59,1 % und konnte damit den Anspruch der Kurden auf Kirkuk untermauern. Die Wähler in den kurdischen Gebieten waren neben den Wahlen vom 30. Januar auch zu einer inoffiziellen, von der *Kurdischen Bürgerbewegung für ein Referendum* organisierten Volksabstimmung über die Frage aufgerufen, ob sie innerhalb des irakischen Staates verbleiben wollen oder die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staates befürworten. Für die Stimmabgabe wurde je eine Wahlurne mit einer irakischen Fahne und eine mit einer kurdischen Fahne aufgestellt. Die Abstimmung brachte eine überwältigende Mehrheit von 99,5 % für die staatliche Unabhängigkeit. Dieses Referendum hat zwar keine rechtliche

Gültigkeit, wird aber die Position der kurdischen Führer in den Verhandlungen über die staatlichen Strukturen stärken. Die Türkei übte heftige Kritik an dem Referendum sowie daran, dass die ehemals aus Kirkuk vertriebenen Kurden von ihrem in der provisorischen Verfassung verankerten Recht Gebrauch machten, ihre Stimme in Kirkuk abzugeben und drohte indirekt mit einem militärischen Eingreifen in Irakisch-Kurdistan.²⁹ Während von türkischer Seite einerseits Zufriedenheit über die Durchführung der Wahlen geäußert wurde, brachte die türkische Regierung gegenüber den USA ihre Opposition gegen eine mögliche Unterstellung Kirkuks unter kurdische Verwaltung und die Befürchtung zum Ausdruck, der Ölreichtum der Region könnte den Grundstein für die Gründung eines kurdischen Staates legen. Gegen die Wahlen in Kirkuk, bei denen die Kurden einen Sieg davongetragen haben, legte sie Einspruch bei der UNO ein. Wie auch bisher im Verlauf des Prozesses der staatlichen Rekonstruktion im Irak arbeitet die Türkei mit übertriebenen Zahlenangaben über die Turkmenen im Irak, um das Kräftegleichgewicht zu Ungunsten der Kurden zu beeinflussen und die These zu untermauern, Kirkuk sei eine „turkmenische Stadt“.³⁰

Bevor die provisorische Nationalversammlung ihre wichtigste Aufgabe, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, in Angriff nehmen kann, muss es zunächst einen Parlamentspräsidenten sowie den Staatspräsidenten und seine beiden Stellvertreter wählen. Der Staatspräsident wird dem Parlament den von ihm beauftragten Ministerpräsidenten und das Kabinett zur Abstimmung stellen. Für alle diese Entscheidungen ist eine 2/3-Mehrheit des Parlaments nötig, die aufgrund des Wahlergebnisses vom 30. Januar keine Gruppe oder Partei allein aufbringen kann. Es sind daher Koalitionen und Bündnisse erforderlich, bei denen die Kurden eine Schlüsselrolle spielen können. Allerdings können in der Nationalversammlung und in den regionalen Verwaltungseinheiten unterschiedliche Bündnisse geschlossen werden. Während zum Beispiel auf nationaler Ebene ein Bündnis zwischen den Kurden und arabischen Gruppierungen geschlossen werden kann, könnte sich in dem Konflikt um Kirkuk ein Zusammenschluss von Arabern und Turkmenen gegen die Kurden bilden. Es ist damit zu rechnen, dass sich in dem Abstimmungsprozess über die endgültige Verfassung (z.B. über die Ausgestaltung des föderativen Systems oder über den Status von Kirkuk) immer wieder wechselnde Bündnisse bilden werden.

Die Verhandlungen hinter den Kulissen deuten darauf hin, dass die Schiiten den Kurden das Amt des Staatspräsidenten überlassen werden, das eher symbolische Bedeutung hat, und selbst den Posten des Ministerpräsidenten übernehmen werden. Es wird erwartet, dass den Sunniten, die die Wahlen weitgehend boykottiert haben, das Amt des Parlamentspräsidenten überlassen wird, das für die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung von Bedeutung sein wird. Damit und durch die diskutierte Aufnahme von sunnitischen Arabern in das Kabinett sollen diese in den Aufbauprozess des Staates integriert werden. Die Integration der Sunniten und die Überwindung der Auswirkungen ihres Wahlboykotts ist auch die Voraussetzung

²⁹ General Ilker Başbuğ, der zweite Vorsitzende des türkischen Generalstabs, erklärte in einem Pressegespräch zu diesem Thema: „Eine kurdische Verwaltung in Kirkuk wäre der erste Schritt in Richtung auf einen kurdischen Staat. Dies könnte zu einem Bürgerkrieg führen. In diesem Falle würde Kirkuk zu einem Sicherheitsproblem für die Türkei werden. Wir wünschen uns, dass keine falschen Schritte unternommen werden.“ *Hürriyet*, 27.1.2005.

³⁰ Türkische Institutionen hatten schon in den 1990er Jahren versucht, möglichst viele Bewohner Irakisch-Kurdistans als Turkmenen zu registrieren: „Türkische humanitäre Organisationen kamen in die Region und brachten die Kurden dazu, sich als Turkmenen registrieren zu lassen um humanitäre Hilfe zu erhalten. Kurden, die dazu nicht bereit waren, erhielten keine Hilfe. Auch Kurden, die über die Türkei aus Irakisch-Kurdistan ausreisen wollten, wurden gezwungen, sich als Turkmenen registrieren zu lassen, anderenfalls bekamen sie kein Visum. Jetzt werden diese Listen benutzt, um die behaupteten Zahlen zum Bevölkerungsverhältnis zu belegen.“ Hişam Akravi, zitiert nach: Mazin Hasan: Die Darstellung der Türkei in den Medien des Nordirak, in: *Die Irak-Krise*, (Forschungsinstitut für strategische Studien in Eurasien), Ankara 2003, S. 298 f.

dafür, dass die neu zu erarbeitende Verfassung in Kraft treten kann. Sollte eine der drei Provinzen ein Veto gegen die neue Verfassung einlegen, wäre der Verfassungsgebungsprozess blockiert. Dieses Mittel könnten sowohl die Kurden als auch die Sunniten zur Anwendung bringen, falls kein für sie zufriedenstellender Kompromiss zustande kommt.

Nach dem vorgesehenen Zeitplan soll die provisorische Nationalversammlung bis zum 15. August 2005 eine endgültige Verfassung ausarbeiten, über die bis spätestens 15. Oktober 2005 ein Referendum abgehalten werden soll. Am 15. Dezember 2005 sollen schließlich Wahlen zu einem regulären Parlament stattfinden und die Verfassung in Kraft gesetzt werden.

Die kritischste Phase, sowohl für Irakisch-Kurdistan als auch für den gesamten Irak, wird die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung sein, da darin zu den bisher in der Schwebe gehaltenen Punkten Entscheidungen getroffen werden müssen. Bis zum Abschluss der oben genannten Schritte wäre es verfrüht zu glauben, die Kurden hätten ihre Ziele erreicht.³¹

3.6. Kurdisches Damoklesschwert: Bruderzwist

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die irakischen Kurden liegt in der Gefahr, dass die zur Zeit beigelegten inneren Streitigkeiten wieder aufflammen. Der Bruderkrieg (kurdisch „birakuji“), der sich vor allem Mitte der 1990er Jahre gewaltsam zugespitzt und verhindert hatte, dass die damals aufgrund der regionalen und internationalen Atmosphäre vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden konnten, ist ein ständiger Alptraum für die Kurden.³²

Die Kurden suchen gerne den Grund für ihre Unfähigkeit, zu einer inneren Einigung zu kommen, im Einfluss äußerer Kräfte. Dies ist jedoch weit von der Realität entfernt, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Die Hauptakteure der Streitigkeiten der jüngsten Zeit waren die beiden großen Parteien I-KDP und PUK. Die Konkurrenz zwischen diesen beiden Parteien geht bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre zurück. In den letzten 20 Jahren kam es zu zahlreichen bewaffneten Zusammenstößen der Kämpfer beider Parteien. Diese Auseinandersetzungen sind schwerlich mit ernsthaften ideologischen Differenzen zu erklären. Zwar pflegte in den 1970er Jahren die PUK eine maoistische und die I-KDP eine an der Sowjetunion orientierte Rhetorik. Dies war aber eher aufgesetzt und hatte wenig mit den Grundlagen der Parteien zu tun. Gleichzeitig hatte der „Maoist“ Jalal Talabani keine Bedenken, bei jeder Gelegenheit nach Moskau zu fahren und sich die sowjetische Unterstützung zu sichern und der „Anti-Maoist“ und Freund der UdSSR Mustafa Barzani nahm enge Beziehung zu den USA und dem mit China verbündeten Schah des Iran auf. Ende der 1980er Jahre gaben beide Parteien diese ideologische Fassade auf. Aber bereits der erste Streitpunkt, der die Spaltung ausgelöst hatte, hatte keine ideologischen Gründe: die Anhänger Talabanis, die damals noch Mitglieder in der I-KDP waren, opponierten gegen den Waffenstillstand, den Mustafa Barzani 1964 mit Bagdad geschlossen hatte. Sie erklärten, die Vereinbarung sei ohne vorherige Beratung in den Parteigremien geschlossen worden. In der Folgezeit warfen sich beide Seiten immer wieder gegenseitig „Kollaboration mit dem Feind“ vor, obwohl sie sich nicht davor scheuten, jeweils die gleichen Bündnisse einzugehen, wenn es für sie von Nutzen war. So warfen die Barzani-Anhänger der Talabani-Gruppe „Verrat“ vor, als diese Beziehungen mit Bagdad aufnahmen, während Talabani kurze Zeit später aus dem gleichen Grund Barzani in gleicher Weise beschuldigte. Zwischen den beiden Parteien ist bezüglich ihrer Zielvorstellung für Irakisch-Kurdistan kein Unterschied festzustellen.

³¹ Zur irakischen Übergangsverfassung siehe: Dinç, Rıza, 2004.

³² Vgl.: Dağlı, Faysal, 1994.

Die Wurzeln für ihre Konkurrenz sind eher in den Strukturen des sozioökonomisch rückständigen Irakisch-Kurdistan zu suchen. In der Region hat das traditionelle Stammesystem noch einen großen Einfluss und die Konkurrenz zwischen den beiden Parteien lässt sich am ehesten als eine moderne Form des Konkurrenzkampfes zwischen zwei einflussreichen Stämmen interpretieren. Obwohl die PUK im Vergleich zur I-KDP einen eher städtischen Charakter hat, beruht auch ihre Macht auf Stammesbeziehungen. Eine Folge davon ist auch, dass beide Parteien von demokratischen Prinzipien weit entfernt sind. Beide werden ausschließlich durch ihre Vorsitzenden, Barzani und Talabani, repräsentiert, die nicht die Funktion von Parteivorsitzenden im modernen Sinne ausüben, sondern eher Oberhäupter von Stammeskonföderationen sind. Die beiden Parteien haben ihre Basis in unterschiedlichen geographischen Gebieten, die PUK im Soran-Gebiet, die I-KDP in Bahdinan. In den Gebieten werden unterschiedliche Dialekte des Kurdischen gesprochen, in Soran *Sorani* und in Bahdinan das weit verbreitete *Kurmanci*.

Nach dem Golfkrieg von 1991, in dessen Folge das Gebiet nördlich des 36. Breitengrads unter internationalen Schutz gestellt wurde, hätte eine positive Entwicklung eingeleitet werden können, wenn nicht die Kämpfe zwischen den Parteien erneut aufgeflammt wären. Am 19. Mai 1992 wählten die Kurden im „freien Kurdistan“ ein Kurdisches Parlament. Um eine Eskalation des Konflikts zwischen PUK und I-KDP zu vermeiden, wurde aber der Wählerwille missachtet und die 105 Parlamentssitze „diplomatisch“ aufgeteilt: die I-KDP und die PUK erhielten je 50 Sitze, die übrigen fünf wurden an die Vertreter der Minderheiten in Irakisch-Kurdistan vergeben. Auch in der am 4. Oktober 1992 etablierten kurdischen Regionalregierung wurden die Positionen entsprechend verteilt. Aber der so erreichte Friede zwischen den Parteien dauerte nur kurze Zeit: am 1. Mai begannen I-KDP und PUK erneut sich zu bekämpfen. Der Grund dafür waren Streitigkeiten über die Verteilung der Zolleinnahmen an der einzigen Tür zu Außenwelt, dem Grenzübergang Habur zur Türkei. Im Kontext dieser Auseinandersetzungen, die 1996 ihren Höhepunkt erreichten, griffen beide Seiten zu Mitteln, die aus kurdischer Sicht nicht akzeptabel sein dürften. So besetzten im Sommer 1996 Kämpfer der PUK mit Hilfe militärischer und paramilitärischer Kräfte aus dem Iran die Hauptstadt Erbil, während die KDP den Erzfeind Saddam zu Hilfe rief und so die PUK wieder aus der Stadt vertrieb. Dies führte dazu, dass in Erbil für kurze Zeit wieder die irakische Flagge wehte.

Der „Bruderkrieg“ dauerte bis zu einem 1998 von den USA vermittelten Waffenstillstand an. Im Rahmen dieser Vermittlung wurde ein Kompromiss in dem zugrunde liegenden Streitpunkt gefunden: Es wurde eine gerechte Verteilung der Einkünfte aus den Einnahmen an der Grenze zur Türkei und aus dem „Öl für Lebensmittel“-Programm vereinbart. Aber den Kämpfen waren nicht nur Hunderte von Kurden, sondern auch das gemeinsame Parlament und die gemeinsame Regierung zum Opfer gefallen. Das Parlament wurde aufgelöst und seit 1996 gab es zwei regional Regierungen, eine der PUK in Sulaimania und eine der I-KDP in Erbil.

Dafür, dass KDP und PUK friedlich in das neue Jahrhundert gingen, gab es mehrere Gründe: einerseits hatten die USA, die die Kämpfe als ein Risiko für ihre Irakpolitik sahen, die Konfliktparteien dazu gebracht, sich über eine gerechte Verteilung der Einkünfte zu verständigen, andererseits brachte die Bevölkerung zum Ausdruck, dass sie der ständigen Kämpfe müde war. (Die irakischen Kurden zeigten ihren Protest überwiegend schweigend: sie waren nicht mehr bereit, für die Interessen ihrer Führer Opfer zu bringen und verweigerten die Unterstützung der Kämpfer ihrer jeweiligen Partei). Am 4. Oktober 2002 wurde schließlich das Kurdische Parlament wieder eröffnet und die beiden getrennten Parlamente in Soran und Bahdinan aufgelöst. Im Frühjahr 2003 wurde eine *Gemeinsamer Hoher Führungsrat* gebildet und vereinbart, alle anfallenden Probleme gemeinsam zu lösen, ein Jahr

später begannen konkrete Vorbereitungen zur Überwindung der „zweiköpfigen Führung“. Im Februar 2005 beschlossen Barzani und Talabani an Stelle der beiden bisher getrennten Regionalregierungen eine gemeinsame Regierung zu bilden und vereinbarten ein gemeinsames Vorgehen bezüglich der kurdischen Vertretung in den neu zu besetzenden Ämtern der irakischen Zentralregierung. Gemäß dieser Vereinbarung soll Talabani Staatspräsident des Irak werden und Barzani Regierungschef eines autonomen Kurdistan. Obwohl die beiden kurdischen Führer seit der Zeit vor Beginn des Irakkriegs zu einem bis heute anhaltenden gemeinsamen politischen Vorgehen gefunden haben, ist das persönliche Misstrauen zwischen ihnen nicht überwunden und es gibt keine Sicherheit für einen dauerhaften Frieden.

Unter der Überschrift „Bruderzwist“ wird man vielleicht auch eine Erwähnung der Aktivitäten der islamistischen Gruppierungen in Irakisch-Kurdistan erwarten, insbesondere des Bombenanschlags auf die Parteibüros der KDP und der PUK in Erbil am 1. Februar 2004, bei dem 109 Menschen getötet wurden, darunter zahlreiche Personen aus den Parteiführungen. Dieser Anschlag wird allgemein der von kurdischen Islamisten gegründeten Organisation *Ansar al-Islam* zugeschrieben. Aber hier handelt es sich nicht um einen internen Konkurrenzkampf. Die kurdischen Islamisten und ihre Aktionen sind nicht Teil eines Bruderkrieges, sondern eine neue gesellschaftliche Strömung, auf die noch später einzugehen sein wird.

4. Einflüsse der Entwicklungen im Irak auf die Kurdenfrage

Auch wenn die zukünftige Entwicklung im Irak noch nicht vorhersehbar ist, kann davon ausgegangen werden, dass die Kurden in diesem Teilgebiet einen rechtlichen Status erhalten werden und dass diese Situation auf die anderen Teilungsgebiete einen starken Einfluss haben wird, der sich schon jetzt bemerkbar macht. Am stärksten ist er auf Türkisch-Kurdistan, gefolgt von Syrisch-Kurdistan, während auf Iranisch-Kurdistan bisher die geringste Wirkung feststellbar ist. Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, dass es eine Entwicklung im Sinne der Domino-Theorie geben wird, dass die neu gewonnene Freiheit in Irakisch-Kurdistan in ähnlicher Weise auch in den anderen Teilen erreicht werden wird. Zwischen allen kurdischen Teilgebieten gibt es erhebliche Unterschiede in ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Struktur. So sind in Türkisch-Kurdistan kapitalistische Strukturen am stärksten entwickelt und im wirtschaftlichen Bereich sind die kurdischen Eliten eng mit den türkischen Eliten verflochten. Daher werden in Türkisch-Kurdistan, im Gegensatz zu dem iranischen und irakischen Teil, nationale kurdische Bestrebungen nicht von der Oberschicht, sondern eher von der Unter- und Mittelschicht vertreten. Ein Domino-Effekt würde aber auch von der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere den westlichen Staaten, verhindert werden. Die US-Administration ist z.B. in ihrer Politik in der Region immer nach dem Prinzip „gute Kurden“ und „schlechte Kurden“ vorgegangen: Wenn es in ihre Gesamtstrategie passte, waren die irakischen Kurden „gute Kurden“, die türkischen Kurden aber waren mit Rücksicht auf den Bündnispartner Türkei immer die „schlechten Kurden“.³³

Aber auch ohne einen Domino-Effekt werden nach der festen Etablierung einer Selbstverwaltung in Irakisch-Kurdistan zumindest auf psychologischer Ebene die Hoffnungen der anderen Kurden, einen ähnlichen Status zu erreichen, erheblich anwachsen. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren, haben heute sehr viel breitere Bevölkerungskreise unter den

³³ Dennoch meinen viele Kurden in der Türkei, nach den Kurden im Irak käme die Reihe an die Kurden in Syrien und in Iran und schließlich an sie. Diese Erwartung beruht auf der Annahme, dass die US-Regierung in naher Zukunft gegen die Regime in Syrien und in Iran vorgehen und in diesem Zusammenhang die türkische Regierung zu einer Lösung der Kurdenfrage drängen wird.

Kurden die Möglichkeit, sich über die Entwicklungen in den anderen Teilen zu informieren. Der Einfluss der Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan ist daher unabhängig von dem Verhalten der politischen Akteure gegeben. Weder Bemühungen der Nachbarstaaten, ein Überspringen des Funkens zu verhindern, noch das wahrscheinliche Bestreben von Barzani und Talabani, gute Beziehungen zu den Nachbarn zu unterhalten und diesen keine „Probleme“ zu bereiten, werden diesbezüglich viel ausrichten können.

4.1. Kurden im Irak: Neue Dynamik im kurdischen Frühling

Obwohl es sich um ein sehr kleines Gebiet handelt, gibt es in Irakisch-Kurdistan neben den beiden größten Parteien, der *Demokratischen Partei Kurdistans* und der *Patriotischen Union Kurdistans* eine Vielzahl kleinerer politischer Parteien, von denen hier wiederum nur die größeren aufgezählt werden sollen: *Kurdische Arbeiter Partei*, *Kommunistische Partei Kurdistans*, *Sozialistisch-Demokratische Partei Kurdistans*, *Revolutionäre Partei Kurdistans*, *Partei der Nationalen Demokratischen Einheit Kurdistans*, *Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans*, *Irakische Kommunistische Arbeiterpartei*, *Aktionspartei für ein unabhängiges Kurdistan*, *Kurdische Hizbullah*, *Kurdische Revolutionäre Hizbullah*, *Islamische Union Kurdistans*, *Islamische Bewegung Irakisch-Kurdistan*, *Ansar al-Islam*, *Jund al-Islam*, *Islamische Gruppe Kurdistans*, *Konservative Partei Kurdistans*, *Assyrische Demokratische Bewegung*, *Assyrischer Nationalkongress*, *Turkmenische Front des Irak*, *Demokratisch-Turkmenische Partei des Irak*.

Diese Vielzahl an Parteien ist allerdings kein Ausdruck einer besonders lebendigen Demokratie. Einige von ihnen kann man nicht als Parteien im modernen Sinne bezeichnen. So hat z.B. die *Konservative Partei Kurdistans* nicht einmal ein Parteiprogramm; sie wurde lediglich gegründet um die Interessen des mit den Barzanis verfeindeten Surçi-Stammes zu vertreten. Diese „Partei“ ist allerdings in der Regionalregierung des PUK-Gebietes mit einem Minister vertreten. Einige Parteien wurden mit direkter Unterstützung von Barzani oder Talabani gegründet oder verfolgen zumindest die Strategie, mit einem der beiden Kontrahenten gute Beziehungen zu pflegen. Diese Parteien sind jeweils nur entweder im Gebiet der PUK oder der KDP aktiv.

Außer den Parteien der Minderheiten der Turkmenen und Assyrer kann man im wesentlichen von den folgenden Parteien sagen, dass sie außerhalb der Kontrolle von Barzani oder Talabani gegründet wurden und aus eigener Kraft einen gewissen politischen Einfluss haben: die *Arbeiterpartei Kurdistans*, die *Kommunistische Partei Kurdistans*, die *Sozialistisch-Demokratische Partei Kurdistans*, die *Partei der Nationalen Demokratischen Einheit Kurdistans*, die *Islamische Union Kurdistans*, die *Islamische Union Kurdistans*, die *Islamische Bewegung Irakisch-Kurdistan*, die *Ansar al-Islam*, die *Jund al-Islam* und die *Islamische Gruppe Kurdistans*.

Die traditionsreichste Partei, die I-KDP kann man von ihrer politischen Ausrichtung her als konservativ-nationalistisch bezeichnen. Die hinsichtlich ihrer Bedeutung folgende Partei, die PUK, ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und hat einen – wenn auch schwach ausgeprägten – sozialdemokratischen Charakter. Die *Kommunistische Partei Kurdistans* wurde von kurdischen Mitgliedern der *Kommunistischen Partei des Irak* gegründet, neben ihr haben noch die *Arbeiterpartei Kurdistans* und die *Sozialistisch-Demokratische Partei Kurdistans* eine marxistische oder sozialistische Programmatik. Die *Partei der Nationalen Demokratischen Einheit Kurdistans*, die sowohl nationalistische als auch sozialistische Züge in sich vereinigt, ist heute die einzige Partei in Irakisch-Kurdistan, die noch explizit das Ziel eines unabhängigen und vereinten Kurdistan vertritt. Diese Partei wurde 1996 zunächst als Ableger der PKK in Irakisch-Kurdistan gegründet. Als jedoch im folgenden Jahr bewaffnete

Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der I-KDP begannen, wandte sie sich von der PKK ab und ihre Mitgliedschaft spaltete sich zwischen I-KDP, PUK und PKK auf. In den letzten Jahren hat es jedoch einen Neuaufbau der Partei gegeben. Abgesehen von den islamischen Parteien und der *Partei der Nationalen Demokratischen Einheit Kurdistans* streben alle kurdischen Parteien in Irakisch-Kurdistan eine föderative Lösung für das kurdische Gebiet an, wobei von ihnen alle außer der I-KDP und der PUK nur eine marginale Bedeutung haben.

Als eine neue politische Kraft haben sich in den letzten Jahren die kurdischen Islamisten herausgebildet, die inzwischen deutlich über eine nur marginale Bedeutung hinausgewachsen sind.³⁴ Der Ursprung vieler der heutigen islamischen Parteien ist die 1987 gegründete *Islamische Bewegung Kurdistans*. Diese Partei übt auch heute noch einen gewissen Einfluss aus, zur stärksten islamistischen Gruppierung wurde aber die von ihr abgespaltene *Islamische Union Kurdistans* unter der Führung von Salahaddin Muhammad Bahaddin. Diese Partei machte auf sich aufmerksam, als sie Ende 2003 bei den Wahlen der Studentenvertreter an der Universität Duhok 40 % der Stimmen errang. Bereits 1992 nahmen ihre Repräsentanten auf der Liste der *Islamischen Bewegung Kurdistans* an den Parlamentswahlen teil und sie wurde zur drittstärksten Kraft nach I-KDP und PUK. Die nächst stärkste islamistische Partei ist die *Islamische Gruppe Kurdistans*. Die Gemeinsamkeit zwischen diesen drei islamistischen Parteien ist, dass sie keinen bewaffneten Kampf führen. Von den drei in der politischen islamischen Bewegung diskutierten Stufen *Tebliğ-Cemaat-Cihad*³⁵ befinden sie sich auf den Ebenen des „tebliğ“ und des „cemaat“; einen „cihad“ halten sie sowieso in einem islamischen Land nicht für angebracht. Sie konzentrieren sich auf religiöse Propaganda, vor allem die Vermittlung, wie man als „guter Muslim“ leben soll, und auf die Organisation von Hilfsprojekten. Für alle drei Parteien hat die kurdische Identität eine starke Bedeutung und sie haben sich daher von radikaleren kurdischen Islamisten getrennt, für die die „Nation“ nicht wichtig ist, sondern nur die „umma“, die Gemeinschaft der Gläubigen. Politisch treten sie, wie auch die meisten laizistischen kurdischen Parteien, kurzfristig für eine Föderation und als Fernziel für die Unabhängigkeit ein. Allerdings fordern sie, dass die zu bildende kurdische Regionalregierung sich an den Regeln der Scharia orientiert.

Unter den radikalen kurdischen Islamisten ist die stärkste Organisation die *Ansar al-Islam* unter Führung von Nejmettin Faraj (Organisationsname: Mele Kraker). Diese Organisation machte von sich reden als sie sich Ende 2002 und Anfang 2003 bewaffnete Auseinandersetzungen mit Milizen der PUK lieferte und sich zu den Selbstmordanschlägen am 1. Februar 2004 in Erbil bekannte. Sie hat ihre Basis um die Stadt Halapça im Gebiet nahe der iranischen Grenze. Am 28. März 2003 griff die PUK die *Ansar al-Islam* dort mit Unterstützung amerikanischer Soldaten an und zerstörte ihren militärischen Stützpunkt in Biyare. Seitdem hat die Organisation sich mit einigen kleinen sunnitischen Gruppierung im Irak zusammengeschlossen und führt ihre Aktionen überwiegend unter dem Namen *Ceyş Ensar Essünneh* (Armee der Helfer Muhammads) durch. Unter dem Dach der *Ceyş Ensar Essünneh* sind offenbar verschiedene radikal islamistische Organisationen aktiv, so auch die *Jund al-Islam*. Neben den genannten gibt es noch zwei weitere radikal islamistische kurdische Organisationen, die *Kurdische Hizbullah* und die *Revolutionäre Kurdische Hizbullah*, die sich 1988 von ersterer abgespalten hat. Beides sind sehr kleine bewaffnete Organisationen, vor allem von der *Kurdischen Hizbullah* ist nach der Spaltung nicht viel übrig geblieben.

³⁴ Zu Positionen der islamischen Bewegung zur Kurdenfrage siehe: Pamak, Mehmet, 1996.

³⁵ Es ist eine verbreitete Auffassung unter Vertretern des politischen Islam, dass nach islamischen Regeln zunächst in dem Volk das richtige Bewusstsein geweckt werden muss, bzw. ihm Wissen über den Islam vermittelt werden muss (tebliğ), dann kann die islamische Gemeinschaft gebildet werden (cemaat) und dann kann, wenn nötig, der „heilige Krieg“ (cihad) geführt werden.

Bemerkenswert an der *Revolutionären Kurdischen Hizbullah* ist, dass sie von Adham Barzani, einem Neffen Masud Barzanis, geführt wird.

Bei diesen radikal islamischen Organisationen spielt, wie schon erwähnt, die kurdisch-nationale Komponente kaum eine Rolle. Ihr vorrangiges Ziel ist die Errichtung der „Islamischen Einheit“, nicht die Gründung eines föderativen oder unabhängigen Kurdistan. Das erleichtert ihnen auch die Zusammenarbeit mit geistesverwandten sunnitisch-arabischen Organisationen. Den *Ceyş Ensar Essünneh* werden auch Verbindungen zur al-Qa'ida nachgesagt.³⁶

Das Erstarken islamischer, einschließlich bewaffneter radikal islamistischer Bewegungen in Irakisch-Kurdistan ist eine Entwicklung, die eine verstärkte Aufmerksamkeit verdient. Die Annäherung der kurdischen Führer an die USA hat Unbehagen bei der muslimischen kurdischen Bevölkerung, unter der Ressentiments gegen den Westen (die „Ungläubigen“) weit verbreitet sind, hervorgerufen. Zwar gab es keine offenen Missfallenskundgebungen, aber dass den USA im letzten Irakkrieg die Türen geöffnet wurden, war für Kurden mit ausgeprägt islamischer Orientierung schwer zu akzeptieren.³⁷ Weitere Gründe liegen eher in den innenpolitischen und sozialen Strukturen in Irakisch-Kurdistan. In der kurdischen Gesellschaft spielte der Islam stets eine zentrale Rolle, aber diese Rolle hatte sich bisher auf das alltägliche Leben beschränkt und keinen politischen Charakter angenommen. In diesem Sinne lässt sich die kurdische Gesellschaft als traditionell säkular bezeichnen.³⁸ Aber in den letzten Jahren machte sich die allgemeine Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten auch in der kurdischen Gesellschaft bemerkbar: Nachdem die traditionellen politischen Kräfte das Vertrauen der Bevölkerung verloren haben und andere säkulare Strömungen, insbesondere die Linke, aus verschiedenen Gründen geschwächt wurden, haben islamische Argumente auf der politischen Bühne an Bedeutung gewonnen. In Irakisch-Kurdistan entsprach die (undemokratische) Haltung der I-KDP und der PUK, die das Land praktisch unter sich aufgeteilt hatten und für andere politische Strömungen keinen Raum ließen, nicht mehr den Bedürfnissen der kurdischen Gesellschaft. Dies führte zu einer Suche nach Alternativen. Noch stellen die islamischen Bewegungen keine sehr einflussreiche Alternative dar, aber die Opposition gegen die I-KDP und die PUK bewegt sich langsam in diese Richtung.

Das traditionelle Stammessystem in Irakisch-Kurdistan, das die Grundlage für die gegenwärtige politische Spaltung bildet, verliert mit der zunehmenden Verstärkung langsam an

³⁶ Im April 2004 wurden in der Türkei in Istanbul und in Bursa 25 Personen festgenommen, teilweise wurden in ihren Häusern Sprengsätze gefunden. Nach Erklärungen der Polizei in Bursa handelte es sich um Mitglieder der *Ansar al-Islam*, die einen Anschlag auf den NATO-Gipfel in Istanbul vorbereitet hatten. In diesem Kontext warf die türkische Presse auch den *Ansar al-Islam* Verbindungen zu al-Qa'ida vor. Interessant ist darüber hinaus, dass diese radikal islamische kurdische Organisation offenbar leicht in der Lage ist, sowohl im Irak als auch in der Türkei außerhalb der kurdischen Gebiete Verbindungen zu knüpfen und Aktionen durchzuführen.

³⁷ Aber abgesehen von seinem Einfluss auf islamistische Bewegungen hat das Bild der Kurden als „Kollaborateure der USA“ und die Tatsache, dass sie ihre Hoffnungen auf die USA setzen nicht nur in Irakisch-Kurdistan, sondern auch in den anderen Teilen zu einer negativen Einstellung gegenüber den Kurden vor allem von Seiten der weit verbreitet antiamerikanisch eingestellten Araber und Perser geführt. Dies kann in Zukunft zu einem Problem für die Führung der irakischen Kurden bei ihren Bemühungen um gute Beziehungen zu ihren Nachbarvölkern werden.

³⁸ Vor allem die türkische Regierung hatte sich immer bemüht, kurdische Aufstände in der Vergangenheit als religiös motiviert und rückständig darzustellen und auch in der türkischen Linken wurde diese These vertreten. Aber wenn auch, in Anpassung an die damaligen gesellschaftlichen Bedingungen, in diesen Bewegungen religiöse Argumente verwendet wurden, wird in den Akten der Gerichtsverfahren gegen die Beteiligten, die mit Todesurteilen endeten, klar ausgesagt, dass das Ziel der aufständischen Kurden nicht die Einführung der Scharia sondern die nationale Unabhängigkeit war. Das gilt auch für den bekanntesten Kurdenaufstand in der Türkei, den „Shaikh Sait-Aufstand“ von 1925, der als „rückständig“ eingestuft wurde, weil sein Führer eine religiöse Autorität war. Bemerkenswert ist, dass der engste Berater und persönliche Sekretär von Shaikh Sait, der aus Lice stammende Fehmi Efendi, ein berühmter und bekennender Atheist war.

Bedeutung, ein großer Teil der Bevölkerung gehört sowieso nicht einem der großen Stämme an. Es gibt also viele Menschen, die sich der Stammeseinbindung entzogen haben oder schon immer außerhalb der politisch entscheidenden Stammeskonkurrenzen standen. Diese suchen nach politischen Wegen außerhalb der Pole zwischen den beiden großen Stämmen und die islamischen Bewegungen finden derzeit vor allem hier ihren Rückhalt. Es ist also damit zu rechnen, dass sich in Zukunft verstärkt politische Pole außerhalb der traditionellen KDP-PUK-Konkurrenz bilden werden.³⁹

Ein weiteres Problem, vor dem Irakisch-Kurdistan steht, ist der ökonomische Wiederaufbau. Obwohl das Gebiet reich an Erdöl ist, müssen nach wie vor auf Erdölbasis hergestellte Produkte importiert werden. Die Bevölkerung hofft auf eine Besserung ihrer Situation und diese Erwartung wird sich nach einer Lösung der aktuellen politischen Fragen deutlicher artikulieren. Die beiden traditionellen Parteien werden sich daher den neuen Bedingungen anpassen müssen oder die Suche nach Alternativen wird sich beschleunigen.

4.2. Kurden in der Türkei: Hoffnung auf ein Ende des kurdischen Winters

Wenn man die Situation in Irakisch-Kurdistan als „kurdischen Frühling“ bezeichnet, kann man im Vergleich dazu sagen, die Kurden in der Türkei haben einen 80 Jahre langen „Winter“ erlebt. Hier fanden die intensivsten Angriffe auf die kurdische Identität statt, seit Gründung der Türkischen Republik wurde die Existenz der Kurden offiziell geleugnet. Nach der Niederschlagung kurdischer Aufstände in der Frühphase der Republik wurde eine Politik der möglichst schnellen Türkisierung verfolgt. Die folgende Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten Ismet İnönü ist bezeichnend für die politische Haltung: „In diesem Land hat nur die türkische Nation das Recht, ethnische Rechte zu fordern. Ein solches Recht gibt es für niemanden anders.“⁴⁰ Noch deutlicher brachte um die gleiche Zeit Justizminister Mahmut Esat Bozkurt die offizielle Politik zum Ausdruck: „Wir leben in der Türkei, dem freiesten Land der Welt. Die Türken sind die einzigen Herren dieses Landes und die einzigen Besitzer. Wer nicht rein türkischen Blutes ist, hat in diesem Land nur ein Recht: das Recht zu dienen, das Recht Sklave zu sein. Freund und Feind, selbst die Berge mögen diese Tatsache zur Kenntnis nehmen.“⁴¹

In dieser Periode wurde mit allen Mitteln versucht, die offizielle Position zu verankern, dass die Kurden eigentlich „Bergtürken“ seien, die auch zum türkischen Volksstamm gehören und wegen des Geräusches „kart-kurt“, das ihre Schritte in den schneebedeckten Bergen machen, als „Kurden“ bezeichnet wurden. Bis vor kurzem war es sogar im alltäglichen Leben verboten, Kurdisch zu sprechen. Diese Politik der Leugnung konnte naturgemäß nur mit ständigen Unterdrückungsmaßnahmen aufrechterhalten werden.⁴²

³⁹ Mit der Darstellung der politischen Probleme und Trends in Irakisch-Kurdistan, soll nicht in Abrede gestellt werden, dass dort im Vergleich mit dem übrigen Irak und den meisten anderen Staaten des mittleren Ostens noch immer ein sehr viel höheres Maß an Demokratie herrscht.

⁴⁰ Milliyet, 31.8.1930.

⁴¹ Milliyet, 19.9.1930.

⁴² Türkisch-Kurdistan unterstand praktisch immer „de jure“ oder „de facto“ einem „Sonderregime“ unter verschiedenen Namen wie „Generalinspektion“, „Kriegsrecht“ oder „Ausnahmestandverwaltung“. Kriegsrecht hat es zwar nach den verschiedenen Militärputschen in der gesamten Türkei gegeben, aber in den kurdischen Gebieten bestand es immer am längsten. Der zuletzt bestehende Ausnahmestand wurde nach und nach in kleinen Schritten aufgehoben, in den beiden letzten kurdischen Provinzen schließlich Ende 2002. Faktisch ist die Region aber nach wie vor speziellen Repressionen ausgesetzt. Die türkische Regierung verstand es auch, den zwischen 22 Staaten des Warschauer Pakts und der NATO geschlossenen Vertrag über die Begrenzung konventioneller Waffen gegen das kurdische Gebiet zu nutzen. Da der Vertrag „Gebiete, in denen ein Staat mit Terrorismus zu kämpfen hat, von der Abrüstungsverpflichtung ausnimmt, erklärte die Türkei Kurdistan als ein Gebiet mit terroristischen Aktivitäten und stationierte dort die Soldaten, die sonst unter die zahlenmäßige

In keinem anderen Teil Kurdistans hat es eine so lange und intensive ideelle Vernichtung gegeben. In Irakisch-Kurdistan konnten die Kurden seit der Zeit des britischen Mandats ihre Sprache sprechen und ihre Kultur pflegen, auch im Iran gibt es kein Verbot der kurdischen Sprache und Kultur, in Syrien hat es zumindest bis in die 1950er Jahre keine Unterdrückung der kurdischen Sprache und Kultur gegeben. In der Türkei sind die Kurden im offiziellen Sprachgebrauch von „Bergtürken“ in den 1960er Jahren zu „Staatsbürgern im Osten“ und heute zu „Türkischen Staatsbürgern, die eine andere Sprache sprechen“ geworden.⁴³

Aber die Türkei ist heute nicht mehr in der Lage, ihre traditionelle Kurdenpolitik fortzusetzen. Dazu hat auch der seit Mitte der 1980er Jahre geführte bewaffnete Kampf der PKK beigetragen. Es gibt inzwischen eine kurdische Öffentlichkeit, die sich ihrer Rechte bewusst ist und diese einfordert. Und diese Öffentlichkeit macht genau das, was die türkische Regierung immer befürchtet hat: sie richtet ihre Augen und Ohren auf Irakisch-Kurdistan. Wenn dort die Kurden einen Rechtsstatus erhalten, werden auch die Kurden in der Türkei entsprechende Rechte fordern. Schon jetzt pflegen viele mittelständische kurdische Unternehmer aus der Türkei Wirtschaftsbeziehungen mit Irakisch-Kurdistan und tätigen dort Investitionen; junge Leute planen ihr Studium an den kurdischen Universitäten von Erbil und Sulaimania.

Noch stärker ist aber der Einfluss auf die kurdische Politikszene. Außer der größten Organisation, der PKK⁴⁴, richten alle kurdischen Organisationen und Parteien ihre Hoffnung auf die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan. Sie erwarten, dass dortige Entwicklungen zu Gunsten der Kurden die türkische Regierung zwingen wird, auch den Kurden in der Türkei einige Rechte zu gewähren.

4.2.1. Was will die PKK?

Die PKK nimmt hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Kurden im Irak eine Sonderstellung ein. Die Führung der PKK hat traditionell die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan nicht gerade freundschaftlich betrachtet. Als sich die irakischen Kurden 1991 gegen Saddam erhoben, haben die dort anwesenden Kämpfer der PKK den Aufstand nicht unterstützt, sondern sich passiv verhalten; einige Beobachter behaupten sogar, sie hätten direkt oder indirekt mit den Leuten Saddams zusammengearbeitet.⁴⁵ Insgesamt hat sich die PKK seit sie 1983 Kämpfer in Irakisch-Kurdistan stationiert hatte, mit irakisch-kurdischen Organisationen

Begrenzungsvorschrift des Vertrages gefallen wären, Somit sind heute von der ca. 700.000 Mann starken türkischen Armee 400.000 Soldaten in Kurdistan stationiert (vgl.: Kılınç, Mahmut, 1998, S. 309-31).

⁴³ Auch heute kommt in der Türkei das Wort „Kurde“ in keinem einzigen offiziellen Dokument vor. Auch in dem 2003 im Rahmen der Reformpakete zur Anpassung an die EU-Standards verabschiedeten Gesetz, das Kurdischunterricht in privaten Lehrinstituten erlaubt und begrenzte Möglichkeiten für kurdische Radio- und Fernsehsendungen eröffnet, kommt die Bezeichnung „kurdisch“ nicht vor, sondern es wird lediglich von „anderen Sprachen und Dialekten, die Staatsbürger traditionell in ihrem täglichen Leben benutzen“ gesprochen. Auch z.B. in dem 1991 aufgehobenen Gesetz Nr. 2932 über Publikationen in anderen Sprachen als Türkisch wurde sorgfältig darauf geachtet, das Wort „Kurdisch“ zu vermeiden und folgende gewundene Formulierung gewählt: „Es ist verboten, in einer Sprache, die nicht erste Amtssprache in einem von der Türkei anerkannten Staat ist, Ideen zu äußern, zu verbreiten oder zu publizieren.“ (Der Grund für die Beschränkung auf die erste Amtssprache liegt darin, dass im Irak offiziell das Kurdische die zweite Amtssprache ist) Kurz gesagt, egal ob das Kurdische verboten oder erlaubt wurde, das Wort „Kurdisch“ wurde nicht benutzt (vgl. auch die Chronologie zur Kurdenpolitik in der Türkei von Hasretyan, M.A., 1996).

⁴⁴ Die PKK nannte sich im Jahr 2000 um in KADEK und 2003 in KONGRAGEL und bereitet derzeit eine erneute Namensänderung vor. In diesem Text wird die Organisation zur Vereinfachung durchgängig mit dem bekanntesten Namen PKK bezeichnet.

⁴⁵ Diese Behauptung wurde vor allem von Mehmet Şener aufgestellt, einem ehemaligen PKK-Funktionär, der sich 1992 von der Organisation getrennt hat und eine Gegengruppe mit Namen „PKK-Vejin“ (Wiederbelebung) gegründet hat. Şener wurde später von PKK-Leuten in Damaskus ermordet.

bewaffnete Auseinandersetzungen geliefert, in den ersten Jahren mit den Kräften der *Kommunistischen Partei des Irak*, später zeitweise mit der I-KDP, zeitweise mit der PUK, seit Anfang Oktober 1992 einen Monat lang mit beiden Parteien gleichzeitig. In den Folgejahren fanden die Auseinandersetzungen überwiegend mit der I-KDP statt.

Die PKK vertrat von ihrer Gründung bis in die 1990 Jahre das Ziel eines „unabhängigen, vereinten Kurdistan“; jeder, der andere Forderungen aufstellte, wurde zum Feind erklärt und alle anderen kurdischen Organisationen, einschließlich der irakisch-kurdischen, wurden als „Verräter“ und „Kollaborateure“ bezeichnet. Da die PKK die Kurdistan teilenden Grenzen nicht anerkannte, beanspruchte sie ein Mitspracherecht in allen Teilen Kurdistan.⁴⁶

Seit 1992 begann die PKK, von dem Ziel der Unabhängigkeit Abstand zu nehmen und für eine föderative Lösung innerhalb der Türkei einzutreten; auch dieses Ziel hat sie inzwischen aufgegeben. Insbesondere seit der Verhaftung ihres Führers Abdullah Öcalan Anfang 1999 erklärt sie, sie würde sich mit kulturellen Rechten für die Kurden in einem unitären Staat Türkei zufrieden geben. Aber dennoch setzte die PKK ihre Einmischung in den anderen kurdischen Teilgebieten fort und beanspruchte dort ein Mitspracherecht. Zur Verfolgung dieses Ziels hat sie in den anderen Teilen ihr nahe stehende Organisationen gegründet. Anfang der 1990er Jahre gründete sie in Irakisch-Kurdistan die *Freiheitspartei Kurdistan*, als diese nicht erfolgreich war 1996 die *Nationale Demokratische Union Kurdistan*, die aber ein Jahre später eigene Wege ging und schließlich 2002 die *Partei der Demokratischen Lösung Kurdistan*. In Iranisch-Kurdistan vertritt sie ihre Interessen über die *Kurdische Partei für ein freies Leben* und in Syrien ist sie unter der Bezeichnung *Partei der Demokratischen Einheit* aktiv. Diese Scheinparteien der PKK haben zwar in allen Teilen nur eine marginale Bedeutung, ihre Existenz zeigt aber die Entschlossenheit der PKK, überall in Kurdistan politischen Einfluss auszuüben.

Abdullah Öcalan, der quasi sakrosankte Führer der PKK, setzte seine negativen Äußerungen zu den Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan auch nach seiner Inhaftierung auf der Insel Imralı fort. Barzani und Talabani bezeichnete er als „primitive Nationalisten“ und er wandte sich gegen die Errichtung einer Föderation. Er erklärte, das richtige Ziel sei „eine demokratische Föderation, die den gesamten Mittleren Osten umfasst“, das Verständnis „Ich möchte auch einen Staat haben“ sei rückschrittlich.⁴⁷ Die Kämpfer und Kommandanten der PKK, die sich fast alle nach der Verhaftung Öcalans auf dessen Befehl (als Friedensgeste gegenüber der Türkei) nach Irakisch-Kurdistan zurückgezogen hatten, reagierten jedoch offenbar auf die dortigen Entwicklungen nicht so negativ wie Öcalan. Allerdings ist es in einer autoritären Organisation wie der PKK nicht leicht, eine abweichende Meinung zu vertreten. Öcalan, der die Partei bereits vor Jahren von der offenen innerparteilichen Opposition mit rigorosen Methoden „gesäubert“ hatte, ist der unumstößliche Führer. Andererseits hält er aber auch die verschiedenen untergründigen Strömungen in der Organisation zusammen. Erstaunlicherweise führt der Umstand, dass der „Führer“ alle ein bis zwei Jahre völlig unterschiedliche ideologische Thesen vertritt, vom Marxismus bis zur „demokratischen Republik“, nicht zu ernsthaften Verwerfungen in der Organisation. Die Thesen Öcalans werden nach wie vor wie göttliche Offenbarungen betrachtet und befolgt. Wenn es allerdings um die Frage der grundlegenden Interessen der Kurden geht, könnte diese blinde Gefolgschaft aber bröckeln und dieser Bruch könnte mit den Teilen der Organisation, die sich in Irakisch-Kurdistan aufhalten, beginnen.

Schon heute sind erste Anzeichen von Spannungen innerhalb der PKK sichtbar. Im Vorfeld der Kommunalwahlen in der Türkei vom 28.3.2004, an denen die der PKK nahe

⁴⁶ Vgl.: Birand, Mehmet Ali, 1992.

⁴⁷ Siehe die von Öcalan über seine Anwälte verbreiteten Erklärungen in „Özgür Politika“ vom 25.6.2004, 31.6.2004 und 28.8.2004.

stehende DEHAP (Demokratische Volkspartei) unter dem Dach der sozialdemokratischen SHP teilnahm, kam es zu heftigen Streitigkeiten in der PKK über die Aufstellung der Kandidaten der DEHAP. Eine Gruppe von PKK-Kommandanten in Irakisch-Kurdistan, darunter Abdullah Öcalans Bruder Osman Öcalan, stellte sich in Opposition zu der Organisation. Der Hintergrund dafür lag, wie sich später zeigte, in den Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan. Im August 2004 trennte sich eine Gruppe von Führern und Kämpfern um Osman Öcalan endgültig von der PKK und verließ die Kandil-Berge. Sie gründeten in Mossul eine neue Organisation mit dem Namen *Patriotische Demokratische Partei* (Partiya Welatparên Demokrat). Die PKK versucht nach außen die Tatsache, dass Osman Öcalan geheiratet hatte, als Grund für die Trennung darzustellen (In der PKK besteht ein Heiratsverbot für die führenden Kader). Aus den Erklärungen Osman Öcalans geht jedoch hervor, dass der wichtigste Grund in der Haltung Abdullah Öcalans zu Irakisch-Kurdistan liegt.⁴⁸

Die Haltung der PKK zu den Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan könnte zu einem weiter gehenden Auseinanderbrechen der Organisation führen. Für Millionen von Kurden in der Türkei ist das Motiv, sich der PKK verbunden zu fühlen, die „kurdische Sache“. Da für diese Menschen die sonstige ideologische Ausrichtung der Partei nicht wichtig ist, konnte sie sich vom Stalinismus bis hin zu bürgerlich-liberalen Thesen wandeln, ohne innere Brüche zu provozieren. Die PKK hat in den vergangenen Jahren nicht nur ihre ideologischen Thesen sondern auch ihre konkreten Ziele grundlegend verändert und selbst auf die Forderung einer Föderation verzichtet. Sie spricht nur noch von „kulturellen Rechten“ und einer „Demokratisierung der Republik“. Dies und vor allem der Umstand, dass Abdullah Öcalan sogar begonnen hat, Mustafa Kemal Atatürk zu loben, mit welchem die Kurden keinerlei positive Erinnerungen verbinden, hat allerdings an der Basis der PKK schon für ein gewisses Unbehagen gesorgt. Viele Sympathisanten glauben jedoch, dies sei nur ein taktisches Verhalten und meinen nach wie vor, die PKK sei die Partei, die „die Rechte der Kurden am wirksamsten vertritt“. Aber falls die PKK sich weiter gegen die politischen Erfolge in Irakisch-Kurdistan wendet, auf die alle Kurden, einschließlich der PKK-Anhänger, ihre Hoffnungen richten, könnte es zu einem Bruch in der PKK kommen.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist die Zukunft der ca. 5.000 Guerillakämpfer der PKK, die sich in den Kandil-Bergen in Irakisch-Kurdistan aufhalten. Nach dem Sturz Saddams wollten die USA und die Führung der irakischen Kurden die türkische Regierung dazu bewegen, eine Amnestie zu erlassen, damit die PKK-Kämpfer in die Türkei zurückkehren können. Auch die Verantwortlichen der PKK hatten erklärt, wenn ihnen eine bedingungslose Amnestie garantiert würde, würden sie die Waffen niederlegen und zukünftig auf legaler Ebene arbeiten. Aber die Regierung von Recep Tayyip Erdoğan legte kein Amnestiegesetz vor sondern ein „Reuegesetz“ in ähnlicher Form, wie es schon mehrere zuvor gegeben hatte und von dem von vornherein klar war, dass die PKK es nicht akzeptieren würde. Wie zu erwarten war, trug dieses Gesetz nicht zu einer Lösung bei.⁴⁹ Es drängt sich der Verdacht auf, dass die türkische Regierung einen vollständigen Rückzug der PKK-Kämpfer aus Irakisch-Kurdistan nicht wollte, da die destabilisierende Rolle, die diese dort spielen, ihr sehr gelegen kommt. Damit besteht die Wahrscheinlichkeit, dass es erneut zu Kämpfen zwischen der PKK und den irakisch-kurdischen Parteien kommt und die Türkei die Möglichkeit hat, mit dem Argument der „Bekämpfung der PKK“ in dem Gebiet einzugreifen.

Die türkische Regierung hat dieses Thema in letzter Zeit immer öfter auf die Tagesordnung gesetzt. Der Generalsekretär des Generalstabs, General Ilker Başbuğ, erklärte:

⁴⁸ Wiedergegeben auf der Website der kurdischen Organisation „Rizgari“: <http://www.rizgari.org/modules.php?name=News&file=article&sid=7944>

⁴⁹ Relativ gesehen haben von dem Gesetz inhaftierte militante Islamisten am meisten profitiert.

„Solange die PKK dort ist, wird auch die türkische Armee weiterhin im Nordirak anwesend sein“ und verlangte auch von den USA und der irakischen Regierung, dass sie Operationen gegen die PKK durchführen.⁵⁰ Möglicherweise wird die Türkei auch die I-KDP und die PUK, die auf gute Beziehungen zur Türkei angewiesen sind, drängen, selbst gegen die PKK vorzugehen.⁵¹ Dies könnte in nächster Zeit darauf hinauslaufen, dass die PKK-Kämpfer in Irakisch-Kurdistan von mehreren Seiten eingekreist werden.

Aufgrund der sich abzeichnenden schwierigen Lage hat Abdullah Öcalan seit Mai 2004 einige taktische Maßnahmen angeordnet, darunter die plötzliche Aufkündigung des von der Organisation erklärten „Waffenstillstands“. Genau genommen hatte der PKK-Führer nach seiner Verhaftung nicht einen Waffenstillstand angekündigt, sondern das „Ende des bewaffneten Kampfes“. Die bewaffneten Kräfte wurden jedoch nicht aufgelöst, sondern nach Irakisch-Kurdistan verlegt. Wie auch immer man den Status der jetzigen Situation beschreiben will, seit Mai 2004 ist die Gefahr neuer bewaffneter Auseinandersetzungen wieder gestiegen. Die Erklärung Öcalans hat die türkische und kurdische Gesellschaft beunruhigt, denn auch die von 15 Jahren Kampf erschöpften Kurden in der Türkei wollen keinen Rückfall in die 1990er Jahre. Andererseits machte auch die PKK deutlich, dass sie keinen neuen Krieg führen will. Wahrscheinlich verfolgt die PKK drei Ziele:

- 1) Vor einer möglichen Einkreisung soll ein möglichst großer Teil der Guerillakämpfer aus Irakisch-Kurdistan in die Türkei zurückgeholt werden (Iran scheidet als alternatives Rückzugsgebiet aus, da die iranische Regierung im Frühjahr 2004 in Iranisch-Kurdistan mit Operationen gegen die PKK begonnen hat). Um dieser Rückkehr eine offizielle Rechtfertigung zu geben, wurde die 2000 verkündete These von der Fortsetzung des politischen Kampfes mit friedlichen Mitteln mit der Begründung „Die türkische Regierung hat unsere Forderungen nicht erfüllt“ revidiert.
- 2) Nachdem die PKK einen großen Teil ihrer ursprünglichen politischen Ziele aufgegeben hatte, hat die Bindung der Basis an die Organisation nachgelassen. Sie will daher die Menschen durch neue Initiativen wieder motivieren.
- 3) Ziel der türkischen Regierung war es, im Dezember 2004 einen Termin für die Beitrittsverhandlungen mit der EU zu bekommen. Die PKK sah daher den Zeitpunkt als günstig an, die Regierung unter Druck zu setzen um damit einige ihrer Ziele, wie eine Generalamnestie oder kulturelle Rechte, durchzusetzen. Aber die Entscheidung, den Waffenstillstand aufzukündigen hat vor allem unter türkischen und kurdischen Intellektuellen zu negativen Reaktionen geführt. Insbesondere nachdem Anfang Juni die vier noch inhaftierten DEP-Abgeordneten freigelassen wurden und im türkischen Fernsehen erstmals eine Sendung in kurdischer Sprache (wenn auch nur für eine halbe Stunde) ausgestrahlt wurde, hatte die PKK es schwer, gegenüber der Bevölkerung die Notwendigkeit ihrer Existenz zu begründen. Im August 2004 kündigte Abdullah Öcalan an, man werde die Aufkündigung des Waffenstillstands überdenken und erklärte schließlich, er würde der türkischen Regierung eine Frist bis März 2005 geben.

4.2.2. Was wollen die anderen kurdischen Parteien und Organisationen?

Die neben der PKK bestehenden kurdischen Organisationen in der Türkei sind im Verhältnis zu dieser sehr schwach. Hinsichtlich der Bedeutung folgt nach der PKK (wenn man die

⁵⁰ Hürriyet, 9.7.2004.

⁵¹ In den vergangenen Jahren haben die irakisch-kurdischen Parteien, vor allem die I-KDP, bereits mehrfach gemeinsam mit türkischen Militäreinheiten gegen die PKK gekämpft. In den 1990er Jahre hatte die I-KDP mit der Türkei gemeinsame Grenzwatchen eingerichtet, die allerdings nur einen begrenzten Effekt hatten, da die irakischen Kurden nicht zu einer direkten Bekämpfung der PKK bereit waren.

islamischen Organisationen zunächst ausklammert) die *Sozialistische Partei Kurdistans*, des weiteren gibt es kleine Gruppen wie *Rizgari*, *KAWA*, die *Kommunistische Partei Kurdistans* sowie eine Partei, die traditionell unter dem Namen *Peşeng* bekannt ist, sich aber kürzlich in *Freiheits- und Demokratipartei Kurdistans* umbenannt hat. Andere in den 1970er Jahren gegründete kurdische Organisationen bestehen entweder nicht mehr oder nur noch mit sehr marginaler Bedeutung in der Diaspora. Diese Organisationen sind alle marxistisch orientiert, allerdings haben für die *Kommunistische Partei Kurdistans* und die *Peşeng* marxistische Ideen mit der Zeit an Bedeutung verloren. Sämtliche Organisationen – natürlich einschließlich der PKK – sind in der Türkei verboten.

Daneben hat die 1977 aufgelöste *Kurdische Demokratische Partei der Türkei* (T-KDP), die wie die I-KDP konservativ-nationalistisch ausgerichtet war, noch ein ernstzunehmendes Potential an Anhängern und hat damit noch immer mehr Einfluss, als die oben genannten (ursprünglich) marxistischen Parteien, obwohl diese Strömung zur Zeit nicht in einer Organisation oder Partei formiert ist. Ihre 1997 unter Führung des ehemaligen Ministers Şerafettin Elçi gegründete *Partei der demokratischen Massen* wurde gerichtlich verboten.

Während zuvor in der Türkei das Eintreten für Rechte der Kurden auf legaler politischer Ebene nur innerhalb bestimmter türkischer Parteien (die teilweise deswegen verboten wurden) möglich war, wurde 1990 mit der *Arbeitspartei des Volkes* (HEP) erstmals eine legale Partei gegründet, die kurdische Interessen zum Ausdruck brachte, obwohl nach dem türkischen Parteiengesetz weder in ihrem Namen noch in ihrem Programm das Wort „Kurde“ oder „kurdisch“ vorkommen durften. Nach dem Verbot der HEP 1993 wurde als Nachfolgepartei zunächst die *Freiheits- und Demokratipartei* (ÖDEP) gegründet und nach deren Verbot die *Demokratie Partei* (DEP), die 1994 verboten wurde. Die im gleichen Jahr gegründete *Demokratipartei des Volkes* (HADEP), hatte die bisher längste Lebensdauer für eine kurdische Partei und wurde 2001 verboten. Gegen ihre im gleichen Jahr gegründete Nachfolgepartei *Demokratipartei des Volkes* (DEHAP) läuft derzeit ein Verbotsverfahren. Es ist zu erwarten, dass sie innerhalb der nächsten Monate verboten wird und dass an ihrer Stelle die von der im Juni 2004 aus dem Gefängnis entlassenen ehemaligen kurdischen Abgeordneten Leyla Zana und ihren Kollegen gegründete *Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft* (Demokratik Toplum Hareketi – DTH) treten wird. Alle diese Parteien standen, bzw. stehen politisch unter dem Einfluss der PKK.

Aus dem Spektrum der *Sozialistischen Partei Kurdistans* wurde 1995 die *Partei für Demokratie und Wandel* (DDP) gegründet und nach ihrem Verbot im gleichen Jahr die *Partei für Demokratie und Frieden* (DBP). 2002 gründeten Anhänger von *Peşeng*, der *Sozialistischen Partei Kurdistans* sowie einige alte Kader der T-KDP und unabhängige kurdische Intellektuelle die *Partei der Rechte und Freiheiten* (HAK-PAR). Außerdem bereiten Anhänger der *Kommunistischen Partei Kurdistans* derzeit die Gründung einer *Sozialistischen Partei Mesopotamiens* vor.

Der politische Einfluss dieser Parteien steht in Relation zu der Stärke der hinter ihnen stehenden Organisationen: während von den beiden heute existierenden legalen Parteien die HAK-PAR nur eine marginale Rolle spielt, hat die DEHAP eine breite Verankerung in der kurdischen Bevölkerung und konnte bei den Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten eine Reihe von Bürgermeistersesseln gewinnen. Im Parlament ist sie nicht vertreten, da sie die 10%-Hürde nicht überspringen konnte.

Außer der PKK streben praktisch alle Parteien und Organisationen in Türkisch-Kurdistan das Modell einer Föderation an. (Von der PKK wurde zuletzt die Formel „Demokratie für die gesamte Türkei“, bzw. „Demokratisierung des republikanischen Systems der Türkei“ vertreten). Aber da die Idee einer Föderation derzeit keine realistische Perspektive darstellt, ist in der aktuellen Politik eine sehr allgemeine Formulierung von „Freiheit“ vorherrschend. Dies

bedeutet einen grundlegenden Wandel in der politischen Zielsetzung der Kurden: früher, insbesondere in den Jahren vor dem Militärputsch von 1980, hatten praktisch alle kurdischen Organisationen in der Türkei das Ziel eines „unabhängigen, vereinten Kurdistans“ angestrebt.

Das anfangs erwähnte Spannungsverhältnis zwischen dem „Möglichen“ und dem „Notwendigen“ wird in türkisch Kurdistan am deutlichsten. Da in der Türkei lange Jahre für die Kurden nichts „möglich“ erschien, habe praktisch alle kurdischen Organisationen nach dem Prinzip „Wenn sowieso nichts möglich ist, fordern wir das, was uns am besten gefällt“ das aus ihrer Sicht „Notwendige“ vertreten und keine anderen politischen (Denk-)Modelle entwickelt. Der im schwedischen Exil verstorbene kurdische Autor Mahmut Baksi hatte die Situation folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „In der Türkei bekommt man die gleiche Strafe, ob man die Unabhängigkeit fordert oder ob man ein kurdisches Lied singt, ebenso, ob man Unabhängigkeit oder Autonomie fordert. Wenn ich auch für die Autonomie aufgehängt werde, ist es mir doch lieber, ich werde für die Unabhängigkeit aufgehängt“.⁵²

Zwischen den Bedingungen in Türkisch-Kurdistan und den anderen kurdischen Teilgebieten gibt es erhebliche Unterschiede:

- a. Einer davon ist der Gebrauch des lateinischen Alphabets, der die Kommunikation mit den Kurden in den anderen Staaten, die das arabische Alphabet benutzen, erheblich erschwert.
- b. Die Kurden in der Türkei stehen in enger Verbindung zur türkischen Gesellschaft, die sich wiederum am Westen orientiert. So lebt ein großer Teil der Kurden in der Türkei nicht mehr in den ursprünglichen kurdischen Siedlungsgebieten. Die aus sozialen und politischen Gründen erfolgte Binnenmigration hat dazu geführt, dass Istanbul heute die „größte kurdische Stadt“ ist. Die von der Türkei verfolgte Assimilationspolitik führte außerdem dazu, dass viele Kurden ihre Muttersprache nicht mehr beherrschen.⁵³
- c. Ein weiterer wichtiger Unterschied ist, dass die feudalen und bürgerlichen Schichten der kurdischen Gesellschaft sich vor allem seit den 1940er Jahren für eine Integration in die türkische Gesellschaft entschieden haben und die Vertretung kurdischer Interessen aufgegeben haben.⁵⁴ Die Träger des kurdischen Nationalbewusstseins waren daher neben einigen Intellektuellen vor allem die Unter- und Mittelschichten, was dazu geführt hat, dass sich überwiegend politisch links orientierte kurdische Organisationen gebildet haben.
- d. Auch innerhalb des kurdischen Gebietes ist eine starke Binnenmigration von den Dörfern in die Städte zu verzeichnen, insbesondere in den Jahren des bewaffneten Kampfes zwischen der PKK und dem türkischen Staat von 1984 bis 1999. Dies führte dazu, dass soziale Probleme einen ebenso hohen Stellenwert bekamen wie ethnische Forderungen.

Eine politische Perspektive, die auch die Kurdenfrage betrifft, ist das Streben der türkischen Regierung nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. So gut wie alle kurdischen Organisationen in der Türkei sind für den Beitritt der Türkei zur EU unter der Voraussetzung, dass die allgemeinen Kriterien im Bereich von Demokratie und Menschenrechten erfüllt und auch den Kurden gewährt werden. Das Problem ist nur, dass unterschiedliche Vorstellungen darüber herrschen, welches die zu gewährenden „Rechte der Kurden“ sind. Solange in der Türkei in keinem offiziellen Dokument der Begriff „Kurde“ auftaucht, wird man nicht von Rechten der Kurden sprechen können, sondern höchstens von „Rechten, von denen auch die

⁵² Ballı, Rafet, 1991, S. 144.

⁵³ Bis in die 1970er Jahre wurde in den politisierten Kreisen in Türkisch-Kurdistan die Frage diskutiert, ob man sich gemeinsam mit den Türken oder getrennt organisieren solle – eine Diskussion, die es in den anderen kurdischen Teilen nie gegeben hat – und bis in die Mitte der 1970er Jahre votierten die meisten politisch aktiven Kurden für gemeinsame Organisationen und engagierten sich in den linken türkischen Gruppen. Dies zeigt auch in diesem Bereich die engen Verflechtungen zwischen Kurden und Türken.

⁵⁴ Im Zuge der deutlichen Wiederbelebung des kurdischen Bewusstseins seit den 1990er Jahren hat es aber auch in diesen stark assimilierten Kreise teilweise eine Rückbesinnung auf ihr „Kurdentum“ gegeben.

Kurden profitieren können.“ Aber die türkische Regierung hat gezeigt, dass sie auch in diesem eingeschränkten Sinne nur zu sehr begrenzten Schritten bereit ist. So wurde im Rahmen der EU-Anpassungsgesetze zwar die Möglichkeit eröffnet, Kurdischkurse in privaten Lehrinstituten anzubieten, Kurdischunterricht in den Schulen ist aber nach wie vor verboten. Auch die zweite die Kurden betreffende Reform, die Erlaubnis kurdischer Radio- und Fernsehsendungen, hat einen sehr eingeschränkten Charakter. Allerdings wurden diese begrenzten Reformen nicht nur durchgeführt, um die EU-Kriterien zu erfüllen, sondern gleichzeitig auch um den zu erwartenden Einflüssen aus Irakisch-Kurdistan zu begegnen. Ferner ist nicht mit einer Änderung des Staatsbürgerschaftsbegriffs in der türkischen Verfassung zu rechnen, nach dem jeder türkische Staatsbürger als Türke gilt⁵⁵.

Die Erklärungen von Zuständigen der EU und die einschlägigen Fortschrittsberichte machen deutlich, dass die Kurden auch von der EU keine Unterstützung ihrer Anliegen erwarten können. Von der EU wird keine spezifische Kurdenpolitik verfolgt, sondern die Frage wird im Rahmen individueller Rechte und Freiheiten behandelt. Dass die Kurden dennoch große Hoffnungen in den EU-Beitritt setzen, ist nur damit zu erklären, dass selbst diese begrenzte Erweiterung ihrer Rechte für sie einen großen Fortschritt darstellen würde. Eine weitere Frage aus kurdischer Sicht ist, welche Auswirkungen ein EU-Beitritt der Türkei auf Kurdistan insgesamt haben wird. Die Grenze der Türkei, die die kurdischen Gebiete teilt, würde damit zur EU-Außengrenze. Kurden, die nach wie vor ein unabhängiges, vereintes Kurdistan fordern, hätten dann nicht nur die vier Teilungsstaaten gegen sich, sondern die gesamte EU. Dennoch wird der EU-Beitritt auch von der kleinen Gruppe von Kurden befürwortet, die dieser Forderung anhängen.

4.2.3. Der wachsende Einfluss islamistischer Politikansätze

Es macht sich schon jetzt bemerkbar, dass die oben dargestellten Probleme der säkularen kurdischen Organisationen zu einer Stärkung islamistischer Politikansätze führen. Während es in Irakisch-Kurdistan eine politisch und diplomatisch erfahrene und begabte Elite gibt, fehlt eine solche Schicht in Türkisch-Kurdistan. Dafür gibt es dort – im Gegensatz zu Irakisch-Kurdistan – eine breite Schicht politischer Kader auf mittlerer Ebene. Vor allem diese sind es, die nach neuen politischen Wegen suchen und diese zu einem nicht geringen Teil in islamischen Strömungen zu finden glauben.

Die Unterstützung islamischer Bewegungen ist im politischen Verhalten der Kurden in der Türkei im Prinzip nichts Neues. Die türkischen Parteien, die eine islamistisch orientierte Politik vertreten, hatten schon seit vielen Jahren ein hohes Stimmenpotential unter den kurdischen Wählern. Ein Grund dafür ist es, dass die Religion für die Mehrheit der Kurden traditionell einen hohen Stellenwert hat und die islamischen Parteien die sunnitische Glaubensrichtung vertraten, der auch die Mehrheit der Kurden angehört. Kernpunkt ist jedoch, dass die islamischen Parteien den Prinzipien des Islam entsprechend sich nicht auf die „Nation“ berufen, sondern auf die „Gemeinschaft der Gläubigen“. Unter den Bedingungen der türkischen Republik, in der für die meisten Parteien der türkische Nationalismus eine wesentliche ideologische Säule ist, war und ist für viele Kurden eine Partei, die nicht den Nationalismus sondern die „Gemeinschaft der Muslime“ propagiert, das kleinere Übel; von einem islamistischen Politiker, der die Menschen nicht mit „große türkische Nation“ sondern mit „meine muslimischen Brüder“ ansprach, fühlten sich die Kurden weniger diskriminiert.

⁵⁵ In der Türkei wurde die offizielle Ideologie, der Kemalismus, der ethnische Unterschiede leugnet, zum Verfassungsprinzip erhoben. Damit ist die Türkei eines von drei Ländern auf der Welt, in denen in der Verfassung auf einen Führer und dessen Regeln Bezug genommen wird (die beiden anderen Staaten, für die dies gilt, sind Iran in Bezug auf Khomeini und Nordkorea in Bezug auf Kim Il Sung).

Dennoch ist seit den 1990er Jahren, als Parteien auf die Bühne traten, die unter Berufung auf die kurdische Identität Politik machten, der Stimmanteil für die türkischen Parteien, einschließlich des islamischen, gesunken. Die kurdische Bevölkerung begann Parteien zu bevorzugen, die unter kurdischem Etikett auftraten. Diese Präferenz im Wahlverhalten ist jedoch deutlich zu trennen von dem Umstand, dass seit den 1990er Jahren eine islamistische Tendenz innerhalb der kurdischen Gesellschaft zu verzeichnen ist. Bereits seit den 1980er Jahre traten illegale kurdisch-islamische Organisationen in Erscheinung.

Die älteste illegale islamisch-kurdische Organisation in der Türkei ist die *Islamische Partei Kurdistans*. Diese Partei wurde nicht von Kurden aus der Türkei, sondern 1979 von iranischen Kurden in den USA gegründet, war aber interessanterweise fast ausschließlich in Türkisch-Kurdistan aktiv. Aber diese Partei, die zunächst eine Föderation und dann die Gründung eines islamischen kurdischen Staates vertrat, hat unter den islamischen Gruppierungen in Türkisch-Kurdistan die geringste Bedeutung und ist seit zehn Jahren überwiegend unter den Kurden in der Diaspora vertreten.

Die Bildung islamistischer Gruppen in Türkisch-Kurdistan in den 1980er Jahren wurde durch einen inneren und einen äußeren Faktor begünstigt: die islamische Revolution in Iran 1979 und den Militärputsch in der Türkei 1980. Die Militärjunta vom 12. September hoffte, die starke linke Bewegung und die kurdisch-nationalistischen Strömungen mit der Propagierung der These von der „türkisch-islamischen Synthese“ bekämpfen zu können.⁵⁶ Sie tolerierte daher vor allem in Türkisch-Kurdistan islamistische Aktivitäten oder unterstützte diese sogar. Während die Vertreter der türkischen Linken und kurdische Aktivisten in den Gefängnissen waren, blieb die politische Bühne den Islamisten überlassen. Die als „Kurdische Hizbullah“⁵⁷ bezeichneten Kräfte sind ein Produkt dieser Periode. Anfangs beschränkten sich die radikal islamischen kurdischen Gruppen, die nicht unter einem organisatorischen Dach vereint waren, auf islamische Propaganda. Als die PKK seit 1984 sehr schnell an Bedeutung gewann, führten die islamischen Organisationen dem gegenüber ein Schattendasein, bis sie schließlich in den 1990er Jahren in bewaffneter Form auf die Bühne traten. Diese Gruppen standen in dem Ruf, vom Staat eingesetzte Hilfstruppen gegen die PKK zu sein, was ihrem Ansehen unter den Kurden nicht gerade zuträglich war.

Der Grundstein für diese Gruppen bestand aus einer Gruppe von Islamisten, die sich in der Mitte der 1980er Jahre in Diyarbakır gegründeten Buchhandlung „Vahdet“ traf und deshalb „Vahdet-Gruppe“ genannt wurde. Von dieser spaltete sich eine Gruppe ab, die die 1981 eröffnete islamische Buchhandlung „Menzil“ zu ihrem Treffpunkt machte. Später entstand noch eine islamistische Gruppe um Umfeld der Buchhandlung „Ilim“ Die „Vahdet“-Gruppe löste sich einige Zeit später auf. Die beiden radikal-islamischen Gruppen „Menzil“ und „Ilim“ erreichten jedoch in Türkisch-Kurdistan einen hohen Bekanntheitsgrad. Bis 1987 tauschten sich die beiden Gruppen miteinander aus und machten auf halblegaler Ebene Propaganda. Dann trennten sich die Wege der beiden Gruppen, da die „Menzil“-Gruppe das iranische Modell verteidigte, während die „Ilim“-Gruppe sich an den Muslimbrüdern in Ägypten orientierte. Die „Menzil“-Gruppe trat nicht für Gewaltanwendung als Politik(ersatz)mittel ein, sondern baute ihre Aktivitäten auf den Prinzipien von Informationsvermittlung (tebliğ) und

⁵⁶ Dem Führer der Militärjunta, General Kenan Evren, war es immer sehr wichtig, die „Gefahren von „Separatismus und Kommunismus“ an Hand von Koranversen deutlich zu machen.

⁵⁷ Im offiziellen Sprachgebrauch und in der Medien wurden alle radikal islamistischen Gruppen in der Türkei und vor allem in Türkisch-Kurdistan als „Hizbullah“ bezeichnet. Die radikal islamistischen Gruppen wurden, um sie voneinander zu unterscheiden, nach den Namen islamischer Buchhandlungen, in denen sie sich trafen oder Zeitschriften, die sie herausgaben benannt (Menzil, Ilim, Vahdet, Selam etc.). Nur eine einzige, die „Ilim“-Gruppe gebrauchte die Bezeichnung „Hizbullah“ für sich selbst; einige andere wandten sich aber zumindest nicht gegen diese Benennung.

Entwicklung der islamischen Gemeinschaft (*cemaat oluřturma*) auf. Die „Ilim“-Gruppe neigte mehr der Anwendung von Gewalt zu und war auch eher bereit, die PKK gewaltsam zu bekämpfen. Bei den in den 1990er Jahren begonnenen bewaffneten Auseinandersetzungen wurden mindestens 300 Menschen getötet, zum großen Teil Anhänger der „Menzil“-Gruppe. Die „Menzil“-Gruppe, die sich in diesen Jahren des Kampfes zunächst in *Islamische Volksbewegung* und dann in *Islamischer Widerstand* umbenannt hatte, büßte erheblich an Stärke ein und zerstreute sich schließlich. Für die „Ilim“-Gruppe, die sich selbst als *Hizbullah* bezeichnete, wurde die PKK zur Zielscheibe. Anhänger der Gruppe griffen vor allem wichtige PKK-Kader in den Städten an und töteten in dem Dreieck Diyarbakır, Bingöl, Batman ca. 600 PKK-Mitglieder. Diese unter der Bezeichnung „Morde durch unbekannte Täter“ bekannt gewordenen Anschläge wurden von staatlicher Seite wohlwollend betrachtet. Kurdische Quellen aus der Region berichten, die Militanten der „Hizbullah“ seien in den Kasernen der Armee untergebracht worden.

1996 kam es dann erstmals zu Kämpfen zwischen der „Hizbullah“ und staatlichen Kräften. Anschließend wurden die „Hizbullah“-Mitglieder nach und nach vom Staat verhaftet oder getötet und die Gruppe wurde bis Ende der 1990er Jahre praktisch ausgeschaltet. Der Kampf der „Hizbullah“ gegen die PKK wurde auch von den meisten islamisch orientierten Kurden negativ bewertet und für kurdische Islamisten war es in der Folgezeit nicht leicht, diesen schlechten Ruf zu überwinden. Die heute aufkommenden kurdisch-islamischen Gruppen legen deshalb großen Wert darauf, sich von der „Hizbullah“ abzusetzen, indem sie sehr viel stärker die kurdische Identität betonen und sich in ihrer Propaganda deutlich gegen den Staat richten.

Im kräftemäßigen Verhältnis zur PKK sind auch die heutigen islamistischen kurdischen Gruppen marginal, aber sie sind bereits stärker als die säkularen kurdischen Gruppen außerhalb der PKK. Die kurdischen Islamisten treten meist in kleinen, lose organisierten Gruppen auf und ändern sehr oft ihre Namen. Als eine der einflussreichen Gruppen hat sich in den letzten Jahren die *Bewegung für eine islamische Revolution in Kurdistan* herausgebildet, die in den Moscheen in Diyarbakır aktiv ist. Daneben gibt es die *Kurdische Bewegung der Unterdrückten*, die in der Diaspora gegründet wurde und sich bemüht, in Türkisch-Kurdistan Anhänger um sich zu sammeln. Auch die alten Anhänger der „Menzil“-Gruppe suchen nach neuen Organisationsformen. Gemeinsames Ziel aller dieser Gruppen ist es, „Kurdistan von den Ungläubigen zu säubern“ und eine „kurdische Verwaltung nach islamischen Prinzipien“ zu schaffen, entweder in Form einer Föderation oder eines unabhängigen Staates.

Unter den radikal-islamistischen Gruppen in Türkisch-Kurdistan gibt es andererseits auch solche, die in engem Kontakt zu türkischen Islamisten stehen oder sogar mit diesen gemeinsame Organisationen bilden. Dies galt früher vor allem für die „Ilim“-Gruppe und unter den heute existierenden Bewegungen für die „Selam“- und die „Vasat“-Gruppe.⁵⁸ Diese Gruppen berufen sich weniger auf das Kurdentum, sondern eher auf die islamische Gemeinschaft.

Die gesellschaftliche Basis der islamistischen Bewegung besteht vor allem aus den in sehr armen Verhältnissen lebenden ehemaligen Dorfbewohnern, die sich in den Städten angesiedelt haben. Sie findet aber auch Anhänger unter Studenten und im klein- und mittelständischen Wirtschaftsbereich. Die islamische Bewegung ist bisher noch keine starke politische Kraft in Türkisch-Kurdistan, es ist aber vorherzusehen, dass sie in naher Zukunft deutlich an Stärke gewinnen wird. Unter den Kurden wird das Bedürfnis nach einer

⁵⁸ „Selam“ ist der Name einer Zeitschrift, „Vasat“ der einer Buchhandlung.

Alternative zur PKK und zu den anderen klassischen kurdischen Organisationen zur Suche nach neuen Wegen führen. Die radikalen Islamisten bieten einen möglichen Weg an.

4.3. Kurden in Syrien: Große Hoffnungen im „Kleinen Süden“

Nach dem Sturz von Saddam Husain ist Syrien zur letzten Bastion der Ba'th-Partei geworden. So sehr sich Bashshar al-Asad, der nach dem Tod seines Vaters Hafiz al-Asad syrischer Staatspräsident wurde, auch um das Image eines Reformers bemüht, herrscht in Syrien noch immer die klassische Ba'th-Politik. Die Kurden in Syrien hoffen jedoch darauf, dass die Ba'th-Periode ihrem Ende entgegen geht und dass nach dem Irak auch das Regime in Syrien gestürzt werden wird. Daher beobachten sie die Entwicklungen im Irak und in Irakisch-Kurdistan mit großem Interesse.

Am 12. März 2004 kam es am Rande eines Fußballspiels in der syrisch-kurdischen Stadt Qamişli zu Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Arabern. Auslöser war offenbar, dass die Anhänger des arabischen Fußballteams Parolen für Saddam und die kurdischen Fußballfans dagegen Slogans für Barzani gerufen hatten. Die syrische Polizei trat auf den Plan und eröffnete das Feuer auf die Kurden. Unbestätigten Informationen zufolge wurden mindestens 30 Kurden getötet, Hunderte verletzt und mindestens 2.000 Kurden verhaftet. Die Unruhen griffen auf die anderen kurdischen Städte in Syrien über und Tausende von Kurden nahmen an Protestdemonstrationen gegen das Verhalten der syrischen Polizei teil und forderten Rechte für die Kurden. Die Antwort der Regierung auf diese Proteste bestand in neuen Verhaftungswellen. Im Moment hat es den Anschein, dass es der syrischen Regierung gelungen ist, die Situation durch Treffen mit den kurdischen Parteien und Freilassung der meisten inhaftierten Kurden zu beruhigen. Aber dass nach vielen Jahren wieder eine so starke Bewegung in Syrisch-Kurdistan entstehen konnte, zeigt deutlich den Einfluss der Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan.⁵⁹

Die Kurden in Syrien haben über lange Zeit kaum versucht, etwas für sich selbst zu erreichen, sondern eher den Kurden aus den anderen Teilen geholfen. Von den 1920er bis zu den 1950er Jahren war Syrisch-Kurdistan ein Zufluchtsort vor allem für Kurden, die aus der Türkei fliehen mussten. Da zu den Flüchtlingen auch viele kurdische Intellektuelle zählten, wurde Syrisch-Kurdistan zu einem wichtigen Zentrum für die Pflege und Entwicklung der kurdischen Sprache und Literatur. Nachdem die Ba'th-Partei am 8. März 1963 an die Macht gekommen war, wurde Syrien zu einem wichtigen Stützpunkt für die Kurden aus den anderen Teilen. So weit es für ihre Politik in der Region nützlich war, tolerierte die Ba'th-Regierung die Aktivitäten ihrer Organisationen, allerdings unter der Bedingung, dass über die Kurden in Syrien nicht gesprochen wird. So herrschte über lange Jahre eine paradoxe Situation: Syrien war ein freies Land für die kurdischen Organisationen aus Nachbarländern, nur nicht für die syrischen Kurden, die unter permanenter Beobachtung des syrischen Geheimdienstes standen und bestenfalls halblegale Organisationen gründen konnten. Die Freiheiten für die anderen Kurden diente auch dazu, die Unterdrückung der syrischen Kurden verschleiern.⁶⁰ Diese Unterdrückung begann, nachdem die Franzosen sich 1946 aus Syrien zurückgezogen hatten

⁵⁹ Eine interessante Interpretation der Ereignisse wurde vom „Forschungszentrum für eurasische Studien“ in Ankara vorgenommen, das für seine Nähe zum türkischen Geheimdienst bekannt ist. Nach Auffassung des Vorsitzenden des Zentrums, Ümit Özdağ, hat die syrische Regierung, die erwartete, dass die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan die Kurden in Syrien beeinflussen würden, gegen diese eine Provokation herbeigeführt, deren Ziel es gewesen sei, „den Prozess durch eine Abbruchoperation zu stoppen und unter Kontrolle zu bekommen, ehe er sich verfestigen kann.“ (Milliyet, 17.3.2004.)

⁶⁰ Abdullah Öcalan, der lange Jahre in Damaskus gelebt hat, begann seine Festansprache zum kurdischen Nationalfeiertag und Neujahrsfest am 21. März („Newroz“) im „kurdischen Viertel“ von Damaskus immer mit einer Danksagung an die syrische Regierung.

und steigerte sich weiter unter den Regierungen, die nach der arabischen Niederlage im israelisch-arabischen Krieg von 1948 in kurzzeitig aufeinander folgenden Putschen an die Macht kamen. In den 1960er Jahren erreichten die Repressionen ihren Höhepunkt. Am 5. August 1960 wurden rund 5.000 Mitglieder der *Kurdisch-Demokratischen Partei Syriens* (S-KDP) verhaftet, darunter ihr Vorsitzender Nureddin Zaza. Vor den Wahlen im folgenden Jahr wurden sie freigelassen, Zaza kandidierte und wurde ins Parlament gewählt. Anschließend wurde ihm jedoch das Mandat entzogen, da er auf Wahlkampfveranstaltungen Kurdisch gesprochen hatte. Bei einer Volkszählung 1962 wurden Hunderttausende von Kurden nicht als syrische Staatsbürger mitgezählt und von da als „Ausländer“ registriert.⁶¹

Die Ba'th-Regierung, die am 8. März 1963 an die Macht kam, begann eine intensive Arabisierungspolitik. Kurdische Publikationen wurden verboten, kurdische Ortsnamen geändert und Kinder mit kurdischen Namen wurden nicht registriert. 1966 schuf die Regierung entlang der 375 km langen Grenze zur Türkei einen „arabischen Gürtel“. Zu diesem Zweck wurden rund 120.000 Kurden aus 332 Dörfern vertrieben und an ihrer Stelle Araber angesiedelt.

Die politischen Forderungen der syrischen Kurden beschränken sich heute im Allgemeinen auf kulturelle Autonomie und Gleichberechtigung für die Kurden, die als „staatenlos“ gelten. Aufgrund ihrer geringen Anzahl halten sie die Einrichtung einer Föderation für sich selbst nicht für durchführbar. Zur Zeit gibt es in Syrisch-Kurdistan 12 kurdische politische Organisationen und Parteien. Die Migration von kurdischen Intellektuellen und politischen Aktivisten aus den anderen Teilen Kurdistans in den vergangenen Jahren hat dazu beigetragen, dass in Syrisch-Kurdistan eine politisierte Atmosphäre herrscht und sich eine politische Elite herausbilden konnte. Dies könnte der Grund für die relativ große Zahl politischer Parteien sein, von denen allerdings ein großer Teil nur von marginaler Bedeutung ist. Die größten und einflussreichsten Parteien sind folgende: die *Demokratische Partei Kurdistans - Syrien* (diese Partei ist in zwei Gruppen gespalten, die aber den gleichen Namen verwenden), die *Fortschrittliche Demokratische Partei Kurdistans*, die *Partei der kurdischen Volksunion*, die *Partei Kurdische Partei des Demokratischen Aufbruchs*, die *Partei der Demokratischen Einheit*. Diese Parteien sind alle säkular und halblegal. Während sie in der Vergangenheit zum großen Teil marxistische Thesen vertraten, haben einige von ihnen heute eine sozialistische Programmatik, überwiegend sind sie als sozialdemokratisch oder liberal einzuordnen. Der wichtigste Diskussionspunkt unter den Parteien ist die Frage, ob die Kurden in Syrien eine „Nation“ oder eine „Minderheit“ seien. Diejenigen, die die Kurden als „Nation“ betrachten (ein Teil der KDP-S, die *Fortschrittliche Demokratische Partei Kurdistans* und die *Partei der kurdischen Volksunion*), vertreten das Ziel der politischen Autonomie, diejenigen, die sich als „Minderheit“ sehen begnügen sich mit der Forderung nach kultureller Autonomie. Gruppen, die sich auf den politischen Islam berufen, sind bisher in Syrisch-Kurdistan nicht in Erscheinung getreten.

Es ist damit zu rechnen, dass sich die politischen Aktivitäten der Kurden in Syrien verstärken und dies zu ernsthaften kurdisch-arabischen Spannungen führen wird. Unter den Arabern in Syrien ist die Einstellung, ein Aufbegehren der Kurden würde den USA in die Hände arbeiten, weit verbreitet. Wie sich die gespannte Situation in Syrien weiter entwickeln wird, ist derzeit schwer vorherzusagen, sicher ist jedoch, dass die Kurden in Syrien in Zukunft stärker auf ethnischen Rechten bestehen und die syrische Regierung unter Druck setzen werden. Ein weiterer wichtiger Faktor in der Kurdenfrage ist die Annäherung zwischen Syrien und der Türkei, gerade in der Frage der Bekämpfung des „kurdischen Übels“,

⁶¹ Die Politik der Nichtregistrierung wird in Syrien auch heute noch fortgesetzt. Heute sind ca. 250.000 Kurden, darunter viele, die aus der Türkei fliehen mussten, nicht registriert. Sie sind keine syrischen Staatsbürger, gelten als staatenlos und können keinerlei Rechte geltend machen.

nachdem die syrische Regierung den PKK-Führer Abdullah Öcalan, dem sie 19 Jahre lang Gastrecht gewährt hatte, 1998 auf Druck der Türkei und der USA des Landes verwiesen hat. Im Januar 2004 besuchte Bashshar al-Asad als erster syrischer Staatspräsident die Türkei. Wichtigstes Gesprächsthema waren mögliche Maßnahmen gegen die „kurdische Gefahr“ im Nordirak.

4.4. Kurden in Iran: Hoffnung auf Reformen

Nach der kurzen Zeit der *Kurdischen Republik Mahabad* gab es für die Kurden in Iran vier Zeiträume, in denen sie sich Hoffnungen auf eine Besserung ihrer Situation machten: während der Kämpfe in Irakisch-Kurdistan in den 1960er Jahren, in der ersten Zeit der Islamischen Revolution von 1979, zu Beginn des iranisch-irakischen Krieges ein Jahr später und schließlich um das Jahr 2000, als Reformströmung in Iran an Bedeutung gewann.

Der 1961 begonnene Aufstand in Irakisch-Kurdistan weckte auch unter den Kurden in Iran Hoffnungen. Anführer des Aufstands war der legendäre Mustafa Barzani und in Iranisch-Kurdistan war zu dieser Zeit noch die Erinnerung an dessen Unterstützung für die Republik Mahabad lebendig.⁶² Um einen Sieg Barzanis nicht zu gefährden stoppte die KDP-Iran von 1961 bis 1965 ihre Aktionen gegen das Regime in Teheran, da die KDP-Irak von diesem unterstützt wurde. Die KDP-Iran änderte ihre Politik 1965. 1967 kehrten ihre Führungskader aus dem Ausland nach Iran zurück und begannen einen Guerillakrieg. Wie zuvor umgekehrt die KDP-Irak, ließen die iranischen Kurden sich dabei von der irakischen Regierung unterstützen. Diese Situation dauerte bis Ende der 1980er Jahre an und hat eine ernsthafte Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden kurdischen Teilen herbeigeführt, deren Folgen heute noch zu spüren sind.

Der Guerillakrieg in Iranisch-Kurdistan dauerte von 1967 bis 1973. Von 1974 bis 1978 herrschte eine Art Friedhofsruhe, da eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Iran und dem Irak dazu führte, dass die iranischen Kurden aus dem Irak keine Unterstützung mehr bekamen. Beeinflusst wurde die Situation auch dadurch, dass der Schah des Iran ab 1975 seine „Weiße Revolution“ auch in Iranisch-Kurdistan umzusetzen begann. Dies führte zu Veränderungen der sozioökonomischen Struktur, auf die die kurdische politische Führung keine politische Antwort fand. Dieses Wirtschaftsprogramm veränderte die ländlichen sozialen Beziehungen in Iranisch-Kurdistan – sowohl in Fragen des Landbesitzes als auch der Bewirtschaftungsformen – erheblich. Das Interesse der kurdischen Dorfbewohner, der traditionellen Basis der kurdischen Bewegung im Iran, an den kurdischen politischen Parteien nahm deutlich ab. Sie erwarteten entweder für sich Vorteile von der „Weißen Revolution“ oder suchten nach Wegen, sich an die neuen Bedingungen anzupassen.

Die neu aufkommende politische Bewegung in Iranisch-Kurdistan seit 1978 war im Grunde ein Teil der politischen Bewegungen im gesamten Iran zum Sturz des repressiven Schah-Regimes. Nach der Flucht des Schahs ins Ausland gingen alle Volkgruppen in Iran, einschließlich der Kurden davon aus, es würde nun eine Zeit der Freiheit anbrechen. Im Kontext der Revolution, die anfangs noch nicht „Islamische Revolution“ sondern „Volksrevolution“ genannt wurde, gelang es der KDP-Iran in einigen Gebieten Kurdistans faktisch die Herrschaft zu übernehmen und „befreite Gebiete“ zu errichten. Aber die Hoffnungen währten nicht lange. Nachdem die Mullahs ihre Herrschaft durchgesetzt hatten, wurden die „befreiten Gebiete“ zerstört und Khomeini erklärte die sunnitischen Kurden zu „Ungläubigen“

⁶² In dieser Zeit war Mustafa Barzani, der zuvor mit einem Aufstand eine Niederlage erlitten hatte, mit seinen Kämpfern („Peşmerge“) nach Iranisch-Kurdistan gekommen und hatte die Rolle des militärischen Führers in der „Kurdischen Republik Mahabad“ übernommen.

Sowohl die Kurden in Iran als auch im Irak hatten erwartet, von dem Krieg, den die beiden Staaten von September 1980 bis Juli 1988 gegeneinander führten, profitieren zu können. Während des Krieges wurden erneut die irakischen Kurden aus Teheran, die iranischen Kurden aus Bagdad indirekt unterstützt. Aber gegen Ende des Krieges wurden die Kurden im Irak von Saddam mit chemischen Waffen bombardiert und die Kurden in Iran waren wütenden Angriffen der Truppen Khomeinis ausgesetzt. Durch die Ermordung ihres charismatischen Führers Abdurrahman Qassemlou, der seit seiner Amtsübernahme 1973 daran gearbeitet hatte, die KDP-Iran zu einer modernen Partei zu machen, durch iranische Geheimdienstmitarbeiter am 13. Juli 1989 während eines Treffens zu Autonomieverhandlungen in Wien und die Ermordung seines Nachfolgers Said Şerafkandi am 17. September 1992 in Berlin, wurde die KDP-Iran erheblich geschwächt.⁶³

Der bisher letzte Anlass zu Hoffnungen für die iranischen Kurden war das Erstarren der iranischen Reformbewegung seit 2000. Andererseits begannen auch die Entwicklungen in Irakisch-Kurdistan einen Einfluss auf den iranischen Teil auszuüben. So wurde die Verabschiedung der irakischen Übergangsverfassung als ein Sieg für die Kurden interpretiert und im März 2004 in verschiedenen iranisch-kurdischen Städten mit Kundgebungen gefeiert. Die iranische Regierung reagierte mit einer Verhaftungswelle gegen Kurden. Die iranischen Kurden setzen dennoch auf eine Stärkung der Reformbewegung im Iran und erhoffen sich von möglichen demokratischen Reformen einen Nutzen für sich selbst. Die kurdische Opposition handelte daher oft in Übereinstimmung mit der reformorientierten iranischen Regimeopposition. Das zeigte sich z. B. daran, dass der Boykottaufruf der Reformer zu den Wahlen am 20. Februar 2004 vor allem in den kurdischen Gebieten breit befolgt wurde. Die Wahlbeteiligung lag dort bei durchschnittlich 32 % gegenüber 50,57 % im Landesdurchschnitt. (In Mahabad 23 %, in den Hochburgen der Reformer in Teheran 28 %). Die alte Forderung der iranischen Kurden „Demokratie in Iran, Autonomie für Kurdistan“ wird angesichts der Hoffnungen auf Reformen in letzter Zeit wieder stärker zur Sprache gebracht.

Neben der stärksten Organisation der iranischen Kurden, der KDP-Iran, gibt es noch die eher unbedeutende *Komela*, die Anhänger in einigen Städten hat. Beide Organisationen haben im Laufe ihrer Geschichte mehrfache Spaltungen erlebt. Die jetzige Führung der KDP-I ist sozialdemokratisch orientiert, ihre Basis jedoch national-konservativ und die Partei hatte daher auch lange Zeit eine konservative Politik vertreten. Im Verhältnis zu den übrigen Oppositionsbewegungen in Iran hatte sich die Partei einerseits zeitweise abgekapselt und war andererseits zeitweise Bündnisse mit linken Organisationen eingegangen. Derartige Bündnisse (insbesondere mit der Tudeh-Partei) hatten in der Vergangenheit zu heftigen internen Diskussionen geführt. Diese Streitigkeiten führten zur Abspaltung von zwei Gruppen (die aber später in die KDP-I zurückgekehrt sind), *Kampf* und *Partei für ein unabhängiges Kurdistan*. Die *Komela* hat eine wechselhafte Geschichte hinter sich. Sie hatte sich als radikal marxistische Gruppe gegründet und wurde 1983 praktisch zu einem Teil der *Kommunistischen Partei Irans*. In den folgenden Jahren arbeitete sie als Sektion Kurdistan dieser Partei. Ende der 1990er Jahre trennte sie sich von der IKP und wurde wieder zu einer eigenständigen marxistischen Organisation.

Iranisch-Kurdistan ist soziologisch gesehen der rückschrittlichste Teil Kurdistans. Feudalismus, Stammesstrukturen und islamische Orientierung sind hier am stärksten ausgeprägt.

Theoretisch wäre es daher zu erwarten, dass islamische Parteien leicht an Einfluss gewinnen könnten. Aber die Erfahrungen mit der Islamischen Revolution, von der die Kurden sich um ihre Rechte betrogen sahen, haben dazu geführt, dass diese Alternative keine

⁶³ Zur Geschichte der KDP-Iran siehe: Qassemlou, Abdurrahman, 1991.

Chancen hatte. Trotz der starken Verankerung des Islam im alltäglichen Leben der Kurden konnte der staatsbeherrschende politische Islam keine Basis gewinnen. Dennoch haben in iranisch Kurdistan einige „Shaikhs“ eine große Autorität in der Gesellschaft. Dazu zählt zum Beispiel Shaikh Izzettin Husaini, der einst zwischen Khomeini und den kurdischen Organisationen zu vermitteln suchte und jetzt im Exil in Europa lebt. Die unnachgiebige Haltung Khomeinis gegenüber den Kurden hat dazu geführt, dass auch die Shaikhs sich vom politischen Islamismus entfernt haben und eher für eine säkulare Demokratie eintreten.

5. Ausblick

Kemalisten in der Türkei, regierungsnahe Kräfte in Iran und einige arabische Intellektuelle stellen – wie schon seit Jahren – die These auf, die USA würden in der Region wieder die kurdische Karte ausspielen wollen, sie hätten die Absicht, im Mittleren Osten einen „Großkurdischen Staat“ zu gründen. Dahinter verbirgt sich ein schon klassisch zu nennendes Propagandaschema, das darauf abzielt, kurdische Forderungen als „Spiel ausländischer Mächte“ zu disqualifizieren. Aber selbst wenn man einmal annimmt, es gäbe tatsächlich ein solches „Spiel“ – die Kurden wären nicht darauf vorbereitet, es für sich zu nutzen.

Bereits die Neukonstruktion des Irak bedeutet für die oben genannten politischen Kreise eine „Öffnung der Büchse der Pandora“ im Mittleren Osten. Aus Sicht der Kurden eröffnet sie jedoch neue Perspektiven. Während einerseits die Erlangung eines Rechtsstatus für Irakisch-Kurdistan bei den übrigen Kurden Hoffnungen weckt, verstärken sich andererseits auch die Diskrepanzen zwischen den kurdischen Teilgebieten.

An erster Stelle sind hier die Aussichten der Türkei auf eine Mitgliedschaft in der EU zu nennen, die für die Kurden in der Türkei eine noch einschneidendere Trennung von den Kurden in den anderen Teilen bedeuten würde. Die Kurdistan teilende Grenze wäre die südöstliche Außengrenze der EU, das heutige Dogma der territorialen Integrität der Türkei würde verstärkt durch das Dogma der territorialen Integrität der EU. Der Stellenwert der kurdischen Frage in den Beziehungen der Türkei zur EU wurde bisher weder von den Europäern noch von den kurdischen Intellektuellen hinreichend diskutiert, obwohl diese sowohl die innere Verfasstheit Europas als auch die Zukunft der Kurden betrifft. Mit einer Aufnahme der Türkei würden auch – nach einigen Schätzungen 15 Mio., nach anderen 25 Mio. – Kurden Bürger der EU. Die Kurden in Iran, im Irak und in Syrien würden zu direkten Nachbarn der EU werden. Für sie stellt sich die Frage, ob es besser für sie ist, einen engeren Kontakt zu den Kurden in einer Türkei außerhalb der EU zu haben oder Nachbarn der EU zu sein, um den Preis einer noch tieferen Trennung von den Kurden in der Türkei. Diese Frage wurde bisher von den Kurden erstaunlich wenig diskutiert.

Trotz des Wandels im Irak änderten sich die Reflexe der Staaten Türkei, Syrien und Iran auf die von Irakisch-Kurdistan ausgehende Aufbruchstimmung unter den Kurden bislang nicht. Daher wird es für Irakisch-Kurdistan schwierig sein, einen „normalen“ Entwicklungsweg zu verfolgen. Eine Normalisierung der Situation wird von den Nachbarstaaten als anormal empfunden werden und sie werden weiter versuchen, offen oder heimlich Einfluss auszuüben. Jeder Fortschritt, den die Kurden in Irakisch-Kurdistan in Richtung auf eine Stabilisierung machen, wird von der Türkei, von Syrien und von Iran aus ihrer Sicht als Destabilisierung interpretiert werden. Es ist daher damit zu rechnen, dass die irakisch-kurdischen Führer darum bemüht sein werden zu verhindern, dass der Funke der Freiheit nicht von ihrem Gebiet auf die Kurden in den Nachbarstaaten überspringt, damit sie ihre eigene Freiheit bewahren und mit ihren drei Nachbarn vor allem wirtschaftlich gute Beziehungen pflegen können. Aber es ist fraglich, wie weit ein solches Bemühen die Staaten, die dadurch beruhigt werden sollen, wird überzeugen können. Wenn auch die Türkei, Iran

und Syrien bestrebt sein werden, in dem sich neu entwickelnden Wirtschaftsleben in Irakisch-Kurdistan einen Platz einzunehmen, werden sie trotzdem weiter versuchen, die Freiheitsbestrebungen der Kurden zu schwächen. Auch kann kein Zweifel daran bestehen, dass die genannten Staaten sich vor allem darum bemühen werden, ihre Beziehungen zu der irakischen Zentralregierung zu intensivieren. Es ist damit zu rechnen, dass sie vor allem in der Phase der Ausarbeitung der endgültigen irakischen Verfassung, die irakischen Araber (und natürlich die turkmenische Minderheit), die einer föderativen Lösung für Irakisch-Kurdistan nicht gerade positiv gegenüberstehen, in ihren Bestrebungen ermutigen werden. Dies könnte die Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Arabern erneut aufflammen lassen.

Das zuverlässigste Rezept für die drei Nachbarstaaten des Irak um zu verhindern, dass ein neuer Rechtsstatus für die Kurden dort zum Vorbild für die Kurden in den anderen Teilen wird, wäre es, wenn sie den Kurden in ihrem jeweiligen Teil Erleichterungen verschaffen würden. Iran könnte das System der Regionalverwaltungen verbessern und notfalls der Provinz Kurdistan eine gewisse Form von Autonomie geben. Die Situation in Syrien und in der Türkei stellt sich aber anders dar. In Syrien ist die antikurdische Haltung ein untrennbarer Bestandteil des Ba'thismus und solange das Ba'thregime an der Macht ist, werden die Spannungen andauern. In der Türkei ist die Situation in sich widersprüchlicher. Die Zeit, wo die türkische Staatsführung das von Irakisch-Kurdistan ausgehende Ungemach durch „scharfe Proteste“ in Schach halten konnte, ist vorbei. Die Türkei setzt gegenwärtig hinsichtlich des Kurdenkonflikts auf eine positive Entwicklung der ökonomischen Daten und die Verwirklichung der für eine Aufnahme in die EU geforderten Reformen (wenn auch auf niedrigst möglichem Niveau). Sie scheint zu erwarten, dass die Kurden, wenn sie die Freiheit bekommen, Kurdisch zu lernen und zu sprechen, ab und an ein paar Worte in ihrer Sprache im Fernsehen oder Radio zu hören bekommen und wenn angesichts des durch einen EU-Beitritt erwarteten wirtschaftlichen Aufschwungs ihre Situation besser ist als die der Kurden im Irak, nicht mehr den Drang verspüren, nach politischer Freiheit zu streben. Aber es ist zweifelhaft, ob diese Erwartungen sich erfüllen werden. Einerseits sind die genannten Köder begrenzt, andererseits bieten sie keine Garantie dafür, dass sich das kurdische Nationalgefühl nicht verstärkt.

Die derzeitigen Entwicklungen leiten nicht nur im Irak, sondern in der gesamten Region in der Kurdenfrage eine neue Periode ein. Aber sowohl die Kurden, als auch ihre jeweiligen Verhandlungspartner müssen dafür eine neue Sprache finden.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Alakom, Rohat: Hoybun Örgütü-Ağrı Ayaklanması. İstanbul 1998
Ballı, Rafet: Kürt Dosyası. İstanbul 1991
Barzani, Mesud: Barzani ve Kürt Ulusal Özgürlük Hareketi, Bd. 1. İstanbul 2003
Bayrak, Mehmet: Kürtler ve Ulusal-Demokratik Mücadeleleri. Ankara 1993
Behrendt, Günter: Nationalismus in Kurdistan: Vorgeschichte, Entstehungsbedingungen und erste Manifestationen bis 1925, Hamburg 1993
Beşikçi, İsmail: Bilim-Resmi İdeoloji Devlet-Demokrasi ve Kürt Sorunu. Bonn 1990
Beşikçi, İsmail: Devletlerarası Sömürge Kurdistan. Bonn 1990
Birand, Mehmet Ali: Apo ve PKK. İstanbul 1992
Borck, Carsten / Savelsberg, Eva / Hajo, Siamend (Hrsg.): Kurdologie. Ethnizität, Nationalismus, Religion und Politik in Kurdistan, Münster 1997

- Bruinessen, Martin van: Agha, Shaikh and State: The Social and Political Structures of Kurdistan. London 1982. Deutsche Übersetzung (Neuaufgabe): Agha, Scheich und Staat. Berlin 2003
- Bruinessen, Martin van: Kürdistan Üzerine Yazılar. İstanbul 1992
- Burkay, Kemal: Kürdistan'ın Sömürgeleştirilmesi ve Kürt Ulusal Hareketleri. İstanbul 1978
- Büyükkaya, Necmettin: Kalemimden Sayfalar. Stockholm 1992
- Celil, Celile: Kürt Aydınlanması. İstanbul 2001
- Celil, Celile/Lazarev, M. S./Jagalina, O.I./Gasaratyan, M. A./Mihoyan, Şakire X.: Yeni ve Yakın Çağda Kürt Siyaset Tarihi. İstanbul 1998
- Chaliand, Gérard: The Kurdish Tragedy. London 1994
- Dağlı, Faysal: Birakuji (Kürtlerin İç Savaşı). İstanbul 1994
- Dersimi, Nuri: Hatıratım. İstanbul 1997
- Dinç, Rıza: Geçici Irak Anayasası ve Güney Kürdistan. İstanbul 2004
- Dr. Şıvan: Kürt Millet Hareketleri ve Irak'ta Kürdistan İhtilali. Stockholm 1997
- Erkmen, Serhat: Türkiye'nin Kuzey Irak Politikası. Avrasya Dosyası, Bd. 8, Nr. 4, Ankara 2002
- Franz, Erhard: Kurden und Kurdentum. Zeitgeschichte eines Volkes und seiner Nationalbewegungen, Hamburg 1986
- Gunter, Michael M.: The Kurds in Turkey: A Political Dilemma. Colorado 1990
- Gunter, Michael: The Kurdish Predicament in Iraq. A Political Analysis, New York 1999
- Halfin: XIX. Yüzyılda Kürdistan Üzerine Mücadeleler. İstanbul 1992
- Hasretyan, M. A.: Türkiye'de Kürt Sorunu, Bd.1 u. 2, Berlin 1996
- İmset, İsmet: The PKK. Ankara 1992
- Jawad, Sa'ad: Iraq And The Kurdish Question, 1958-1970. London 1981
- Karabekir, Kazım: İstiklal Harbimiz. Ankara 1960
- Kılınç, Mahmut: Kürdistan Ulusal Sorunu ve Türkiye'nin Stratejik Önemi. o.O., 1998
- Kirişçi, Kemal-Winrow/Gareth M.: Kürt Sorunu Kökeni ve Gelişimi İstanbul, Tarih Vakfı Yurt Yayınları, 2000
- Kızılkaya, Muhsin: Ben Hala Annemin Dilini Kullanamıyorum. İstanbul 1992
- Kutlay, Naci: 21. Yüzyıla Girerken Kürtler. İstanbul 2002
- Küçük, Yalçın: Kürtler Üzerine Tezler. Ankara 1992
- Minorsky, Vladimir F.: s.v. «Kurdes », « Kurdistan » in : Enzyklopädie des Islam, Leiden 1927, Band 2, Sp 1212-1240
- Minorsky, Vladimir F.: Kürtler. İstanbul 1977
- Minorsky, Vladimir F.: Musul Sorunu. İstanbul 1998
- Olson , Robert: The Emergence of Kurdish Nationalism and the Sheikh Said Rebellion 1880-1925, Austin 1989
- Olsen, Robert (Hrsg.): The Kurdish Nationalist Movement in the 1990s. Its Impact on Turkey and the Middle East, Kentucky 1996
- Olson Robert, The Kurdish Question and Turkish-Iranian Relations, Cosa Mesa (Calif.) 1998
- Özdağ, Ümit/Laçiner, Sedat/Erkmen, Serhat: Irak Krizi, 2002-2003. Ankara, Avrasya Stratejik Araştırmalar Merkezi Yayınları, 2003
- Pamak, Mehmet: Kürt Sorunu ve Müslümanlar. İstanbul 1996
- Qasimlu, Abdurrahman: Kurdistan û Kurd. Stockholm 1991
- Sykes, Mark: The Kurdish Tribes of the Ottoman Empire, in: Journal of the Royal Anthropological Institute, London 1908, 38, S. 451 ff
- Vanly, İsmet Chérif (Hg.): Kurdistan und die Kurden, (Buchreihe der Gesellschaft für bedrohte Völker, 3 Bd.), Göttingen 1998

Wießner, Gunnar: Hayoths Dzor - Xavasar. Ethnische, ökonomische und kulturelle Transformation eines ländlichen Siedlungsgebiets in der östlichen Türkei seit dem 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1997

Xemgin, Etem: Kürdistan Tarihi, 3 Bd., İstanbul 1997

Yıldız, Hasan: Fransız Belgeleriyle Sevr-Lozan-Musul Üçgeninde Kürdistan. Stockholm 1990

Yıldız, Hasan: XX. Yüzyıl Başlarında Kürt Siyaseti ve Modernizm. İstanbul 1996

Zeki, M. Emin: Kürdistan Tarihi. Ankara 1992